Morgenausgabe

Nr. 293 / A 148 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund", Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag 26. Juni 1930

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Brüning fährt nach Neudeck

Hindenburg soll die Kabinettsbeschlüsse sanktionieren.

Die Aussprache des Reichskabinetts über die gesamtpolitische Lage wurde, wie offiziös gemeldet wird, gestern abend unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu Ende geführt. Die Beratungen führten zu völliger Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen. Reichskanzler Dr. Brüning wird im Laufe des heutigen Tages dem Reichspräsidenten hierüber Vortrag erstatten, nach seiner Rückkehr ist am Freitag die Bekanntgabe der Beschlüsse der Reichsregierung zu erwarten.

•

Angesichts der Lage des Reichskabinetts wirkt der Ausdruck „völlige Einigung" im offiziösen Bericht geradezu tragikomisch. Die „völlige Einigung" ist erreicht worden durch die Ausschiffung Moldenhauers, in Abwesenheit des nach Augsburg verreisten Bredt und durch Auseinandereinigung der Volkspartei mit Curtius.

Nach einer Meldung der Telegraphen-Union soll der sachliche Inhalt der Vorlagen dahin abgeändert worden sein, daß das Notopfer der Beamten nicht 3 sondern nur 2½ Proz. betragen soll. Ueber die entscheidend wichtige Frage, ob die Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes beabsichtigt ist — was höchstwahrscheinlich den sofortigen Konflikt zur Folge hätte — oder ob Reichsrat und Reichstag um Verabschiedung der Deckungsvorlagen auf dem normalen Weg ersucht werden sollen, schweigt sich die offiziöse Mitteilung aus. Ein Verzicht auf das Ermächtigungsgesetz würde noch keinen Verzicht auf den Artikel 48 bedeuten für den Fall, daß die Durchbringung der Steuervorlage im Reichstag mißlingt. Herr Brüning will aus Neudeck offenbar nicht nur die Ernennung von Dietrich zum Finanzminister und von Treviranus zum Wirtschaftsminister, sondern auch außerordentliche Vollmachten nach Hause bringen.

(Weitere Meldungen siehe auch zweite Seite.)

Preußensieg!

Die Weimarer Koalition unerschütterlich.

Der Preußische Landtag hat gestern in der Schlußabstimmung den Etat mit 230 gegen 8 Stimmen angenommen. Es wurden 12 Stimmen über die zur Beschlußfähigkeit nötige Zahl hinaus abgegeben.

•

Die Entscheidungsschlacht um den Etat und die Steuern ist am Mittwoch im Preußischen Landtag geschlagen und von den Regierungsparteien endgültig und glänzend gewonnen worden! Vor Pfingsten hatten Nationalsozialisten und Kommunisten, Deutschnationale, Deutsche Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler in trauter Koalition gemeinsame Obstruktion gegen den Staatshaushalt getrieben und verhindert, daß ein beschlußfähiges Haus zusammenkam. Ihre Taktik stützte sich auf die Tatsache, daß die Regierungsparteien im Preußischen Landtag nur über 230 von 450 Abgeordneten verfügen und daß zur Beschlußfähigkeit 226 Abgeordnete gehören. Natürlich ist es schwer, von 230 Abgeordneten mindestens 226 zu einer bestimmten Abstimmung im Landtag anwesend zu haben.

Aber die Regierungsparteien hatten sich vorgenommen, trotz aller Schwierigkeiten diese Abstimmung durchzusetzen, und es ist gelungen. Bei den Regierungsparteien fehlten von 230 Landtagsabgeordneten nicht mehr als die entbehrlichen vier, Und zwar zufälligerweise alle vier beim Zentrum: die alten Abgeordneten Gottwald und Dr. Porsch sind seit langem schwer krank, und zwei jüngere Zentrumsabgeordnete haben wegen akuter Erkrankungen das Krankenhaus aufsuchen müssen; sie konnten beim besten Willen nicht zur Abstimmung kommen. Aber von den 21 demokratischen Abgeordneten waren 21 zur Stelle und von den 138 Sozialdemokraten waren auch 138 da. So verfügte die Koalition heute in der entscheidenden Abstimmung aus eigener Kraft über 226 Stimmen, und nun konnte sie die Obstruktion brechen.

In der Tat erhielt der Etat 230 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen; es waren also 238 Stimmen abgegeben, 12 mehr als die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl. Diese zwölf überschüssigen Stimmen stammten, soweit sie mit Ja abgegeben waren, vom Treviranus-Flügel der Deutschnationalen; die acht Nein-Stimmen von den Aufwertlern (Graf Posadowsky und Pohl) und den Welfen. Es ist erfreulich, daß sich im bürgerlichen Lager noch vereinzelte Abgeordnete gefunden haben, die den staatsfeindlichen Akt der Etatobstruktion nicht mitgemacht haben. Aber notwendig war diese Hilfe nicht: die Regierungsparteien hatten allein die zur Annahme des Etats notwendige beschlußfähige Zahl gestellt.

Die Obstruktion ist nicht nur gebrochen worden, sondern die Parteien, die sie getrieben haben, sind auch bis auf die Knochen blamiert. Nationalsozialisten und Kommunisten mag man einiges Verständnis entgegenbringen, wenn sie gemeinsam den Staatshaushalt und seine Verabschiedung zu vereiteln suchen. Sie markieren zwar wechselseitige Todfeindschaft; aber jeder Unterrichtete weiß, daß sie dauernd heimliche Verbündete gegen den republikanischen Staat sind. Die Wirtschaftsparteiler haben sich dieser Obstruktion angeschlossen, weil der bornierte Eigennutz engster Krämerinteressen, den sie vertreten, vor keiner Schädigung der Allgemeinheit zurückschreckt, wenn nur ihre private Gewinnsucht auf ihre Rechnung kommt. Die Deutschnationalen in Hugenbergs Geist haben den Beweis erbracht, daß sie den letzten Rest konservativer Staatsgesinnung verloren haben. Ihr giftiger Haß gegen die sichere sozialdemokratische Führung in Preußen und ihre wilde Gier nach der Macht im alten konservativen Stammland ließen sie Maß und Ziel vergessen und blindlings nicht gegen eine Regierung, sondern gegen den Staat an sich wüten.

Aber alle diese Staatsfeinde wurden geführt von der Deutschen Volkspartei! Die Partei Stresemann obstruiert knapp ein Jahr nach seinem Tod den Etat der Republik! Die Partei Moldenhauers wehrt sich auch mit unerlaubten Mitteln gegen einen geordneten Staatshaushalt. Eine Partei, die noch immer mit einem Minister in der Reichsregierung vertreten ist, eine Partei, die sich vor ein paar Wochen Staatspartei nennen und als Partei aller verantwortungsbewußten Staatsbürger neu gründen wollte, tritt alle staatlichen Interessen mit Füßen, spricht allem politischen Verantwortungsbewußtsein und allem Sinn für staatliche Ordnung geradezu Hohn. Wüßte man nicht, daß die Deutsche Volkspartei in einem Zustand gänzlicher geistiger Verwirrung ist — diese Etatobstruktion würde jahrelang im Mittelpunkt der politischen Betrachtungen stehen bleiben.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Opposition in Preußen sobald wieder den Mut zu einem neuen Vorstoß findet. Was hat sie denn erreicht? Der Etat Otto Brauns ist mit 230 gegen 8 Stimmen angenommen worden.

Jedenfalls hat die preußische Regierungskoalition den Gegnern ihre Stärke und Geschlossenheit vorbildlich vor Augen geführt und zu den heillosen Zuständen im Reich ein drastisches Gegenbeispiel geliefert.

•

Der Landtag dürfte am Donnerstag und Freitag noch den Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden für das Jahr 1930 und einige dringende Wirtschaftsarbeiten — neue Staatsaufträge zur Belebung des Arbeitsmarktes — vornehmen und dann in seine Sommerpause gehen.

Die Notverordnung über die Erhöhung der staatlichen Grundvermögenssteuer wurde mit 221 gegen 54 Stimmen gutgeheißen.

Notopfer der Kranken.

Die Regierungspläne der Krankenkassenreform.

Von Karl Litke.

Einen wesentlichen Bestandteil des großen Regierungsprogramms „zur Sanierung der Finanzen und zur Entlastung der Wirtschaft" bildet der Gesetzentwurf über Aenderungen in der Krankenkassenversicherung.

Dieser Entwurf sieht nicht mehr und nicht weniger vor als ein Notopfer der Kranken zur Entlastung der Wirtschaft Der bisherige Finanzminister Moldenhauer hat diesen Gesetzentwurf selbst als eine Entschädigung der Wirtschaft für die Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung auf 4½ Proz. bezeichnet, wobei er allerdings hinzuzufügen vergaß, daß den von der Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung gleichfalls betroffenen Arbeitnehmern durch die vorgesehene Reform der Krankenversicherung eine weitere schwere Belastung zugemutet wird.

Der Inhalt dieses Gesetzentwurfs wird dadurch schon hinreichend gekennzeichnet, daß er sich im wesentlichen die Forderungen zu eigen macht, die in der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände im März dieses Jahres aufgestellt wurden. Dieser Spitzenverband der Unternehmer erwartet von der geplanten Reform eine jährliche Ersparnis von 500 Millionen Mark, also einen Betrag, der etwa der Höhe der Zuschüsse entspricht, die in den kommenden Jahren die Invalidenversicherung erfordert.

Der Gesetzentwurf sieht zunächst vor, daß die Versicherungsberechtigung in allen Fällen erlischt, wenn das regelmäßige Jahreseinkommen 8400 M. übersteigt. Damit wird also den Angestellten, die bis zu diesem hohen Jahresgehalt emporgestiegen sind, der Versicherungsschutz genommen, obwohl sie durch jahrelange Beitragsleistungen sich einen berechtigten Anspruch auf die Benutzung der Krankenversicherung erworben haben.

Der unsoziale Charakter dieses Gesetzentwurfes enthüllt sich aber erst in den folgenden Bestimmungen. Der Grundlohn soll von 10 M. auf 9 M. herabgesetzt werden. Die Beiträge wurden auch weiterhin für sieben Tage in der Woche erhoben, Krankengelder dagegen nur noch für jeden Werktag, also für sechs Wochentage, gewährt. Die Folge ist, daß die Versicherten in der höchsten Lohnstufe im Falle der 50prozentigen Regelleistung statt 35 nur noch 27 M. Krankengeld die Woche erhalten. Zahlt beispielsweise eine Krankenkasse 60 Proz. des Grundlohnes an Krankengeld, so tritt in der höchsten Lohnstufe nach dem neuen Gesetzentwurf sogar eine Kürzung der Kassenleistungen von 42 auf 27 M. wöchentlich ein, da nach der Reform erst nach Ablauf der sechsten Woche ein Krankengeld in Höhe von 60 Proz. des Grundlohnes gezahlt werden soll.

Mit diesem für jeden erkrankten Arbeitnhmer katastrophalen Leistungsabbau bei den Krankenkassen begnügt sich aber der Regierungsentwurf keineswegs. Er sieht zugleich eine neue direkte Belastung der Versicherten vor, die als völlig absurd bezeichnet werden muß. So soll künftig der Versicherte für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel von den Kosten jeder Verordnung 50 Pf. als Beitrag zahlen. Außerdem muß aber der Versicherte nach den neuen Vorschriften vor der Behandlung einen Krankenschein lösen, für den eine Gebühr von einer Mark zu zahlen ist. Diese Belastung der Krankenscheinkosten trifft alle Versicherten mit einem Grundlohn von 4 M. aufwärts, für Versicherte unter diesem Grundlohn kann die Gebühr auf die Hälfte herabgesetzt werden. Dagegen darf die Gebühr für die höheren Lohnklassen von 7 M. Grundlohn aufwärts sogar auf 1,50 M. heraufgeschraubt werden.

Im Durchschnitt wird also jeder Versicherte bei der Krankenbehandlung mit 1,50 M. für den Krankenschein und die Arzneibeiträge vorbelastet. Für die Familienmitglieder soll der Versicherte die Hälfte der Arzneikosten tragen Für den Krankenschein ist die gleiche Gebühr für jedes Familienmitglied zu zahlen, die auch für die Versicherten gilt. Bei einer Grippe-Epidemie kann es also passieren, daß eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern eine Gebühr von 6 M. entrichten muß. Diese ungeheuerliche Bestimmung trifft den Betriebsarbeiter ebenso wie den Arbeitslosen, den Arbeitsunfähigen, den Unfallverletzten, den Invaliden, wie die werdende und die junge Mutter. Sollte der Reichstag diese Vorlage verabschieden, so würde er den wichtigsten Bestandteil der Sozialversicherung für die Massen der werktätigen Bevölkerung in einer Weise verschlechtern, die sogar der letzte Vorkriegsreichstag abgelehnt hat. Im Jahre 1911 wurde bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ein Antrag der Konservativen abgelehnt wonach die Versicherten einen Teil, höchstens jedoch 20 Proz., der ärztlichen Behandlungs- und Arzneikosten selbst zu tragen hätten. Die jetzt beabsichtigte Kosten-

beteiligung von 50 Pf. und die Lösung des Krankenscheins belasten jedoch einen großen Teil Erkrankter in weit höherem Maße, als dies der damalige Antrag der Konservativen vorsah.

So sieht die Entlastung der Wirtschaft aus, die auf Kosten der Kranken, Betriebsverletzten und Arbeitslosen durchgeführt werden soll. An dem Kern einer Krankenkassenreform ohne Belastung der Versicherten geht dagegen dieser Entwurf vorbei. Will man die Krankenversicherung mit Erfolg reformieren und die Wirtschaft entlasten, so soll man endlich die unzweckmäßige und geldfressende Zersplitterung im Krankenkassenwesen beseitigen. Die Sozialdemokratie ist schon vor dem Kriege für ein einheitliches Krankenkassenwesen eingetreten und hat den Unfug der Zersplitterung bekämpft. Sie ist aber damals nicht durchgedrungen, und so haben wir heute in einer Zeit, wo die Rationalisierung sich auf allen Gebieten durchsetzt, in der Krankenversicherung den grotesken Zustand, daß in Deutschland neben 2142 Ortskrankenkassen über 4000 Betriebskrankenkassen, außerdem noch 914 Innungskrankenkassen und 423 Landkrankenkassen bestehen.

Dem Reichstag liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, die Mindestzahl der Mitglieder bei der Errichtung einer Innungskrankenkasse auf 1000 festzusetzen, um auf diese Art wenigstens die gröbsten Auswüchse der Zersplitterung zu beseitigen. Die Regierung schreibt dagegen in ihrem Entwurf nur 150 Versicherungspflichtige vor, so daß also, um ein Beispiel anzuführen, weiterhin Innungskrankenkassen mit 30 Gesellen und 120 Lehrlingen gebildet werden können. So versagt die Regierung in der entscheidenden Frage der Rationalisierung des Krankenkassenwesens vollkommen.

Die Sozialdemokratie wird die Verschlechterungen der Krankenversicherung, die in diesem Entwurf enthalten sind, bekämpfen und ablehnen. Mit ihr sollte jede verantwortungsbewußte Partei im Interesse der Volksgesundheit und der Erhaltung der Schaffensfreudigkeit und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Massen an den bisher geltenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung festhalten.

Milde Richter in Stralsund.

Fünfjährige Bewährungsfrist bei Landfriedensbruch.

Stralsund, 25. Juni.

Im Granitzer Landfriedensprozeß verurteilte das Erweiterte Schöffengericht zu Stralsund drei der Angeklagten wegen Landfriedensbruchs unter Zubilligung mildernder Umstände zu je neun, zwei weitere Angeklagte zu je sechs und sieben Angeklagte zu je drei Monaten Gefängnis mit fünfjähriger Bewährungsfrist sowie zur Tragung der Gerichtskosten.

Die Angeklagten hatten am 17. März d. J. bei einer Zwangsversteigerung, die auf Veranlassung des Stralsunder Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereins in Granitz vorgenommen werden sollte, den Gerichtsvollzieher und seine Begleiter tätlich angegriffen. Gegen das Urteil des Schöffengerichts ist von sämtlichen Angeklagten Berufung eingelegt worden.

Auflösung einer Landvolkversammlung.

Heide (Holstein), 25. Juni.

In einer in Hemme abgehaltenen stark besuchten Landvolkversammlung sprach der frühere Hauptschriftleiter Bruno von Salomon über die Bombenattentate. Auf eine Wendung des Redners hin fragte der überwachende Polizeibeamte, ob er sagen wolle, daß die Bombenattentate berechtigt gewesen seien. Als von von Salomon das bejahte, wurde die Versammlung aufgelöst.

Kommunistischer Verleumder verurteilt.

Köln, 25. Juni.

Das erweiterte Schöffengericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den verantwortlichen Schriftleiter der kommunistischen „Sozialistischen Republik", Stadtverordneten Peter Stahl, wegen Beleidigung zu sechs Wochen Gefängnis. Stahl hatte in einem Artikel schwere ehrenrührige Vorwürfe gegen Wohlfahrtsbeamte erhoben.

Die Förderung der deutschen Luftfahrt.

Lebhafte Debatte im Haushaltausschuß.

In der Mittwochsitzung des Haushaltausschusses standen die vom Verkehrsministerium vorgelegten Richtlinien für die wirtschaftliche Förderung der deutschen Luftfahrtindustrie zur Beratung. Für diese Zwecke sind 7 Millionen im Etat für 1930 bewilligt.

Die Richtlinien zerfallen in vier Abschnitte, und die Förderung soll erfolgen durch Beschaffungen für deutsche Bedarfsstellen, durch Ausfuhrförderung, durch Erleichterung des Inlandabsatzes und durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit, welche der Industrie wirtschaftlich zugute kommen, und durch sonstige, nach Lage des Einzelfalls verschiedenartige Maßnahmen.

Die Beratungen wurden eingeleitet durch ausführliche vertrauliche Darlegungen des Reichsverkehrsministers Dr. v. Guérard über die derzeitige Lage des deutschen Flugzeug- und Luftschiffbaues. Die Rede des Ministers gab Anlaß zu einer längeren Debatte, in die von sozialdemokratischer Seite die Genossen Keil und Heinig wiederholt eingriffen. Die Richtlinien wurden mit unwesentlichen Aenderungen genehmigt.

Von dem Reichswirtschaftsministerium war auf Wunsch des Ausschusses eine Denkschrift über den amtlichen wirtschaftlichen Nachrichten- und Auskunftsdienst vorgelegt worden. Sowohl der Haushalt des Auswärtigen Amts wie der des Wirtschaftsministeriums enthalten entsprechende Ausgabepositionen. Der ganze Fragenkomplex wurde in einem Unterausschuß des Haushaltausschusses eingehend behandelt, und in seiner Mittwochsitzung erteilte der Haushaltausschuß die Genehmigung zur Verlängerung des mit der Deutschen Wirtschaftsdienst G. m. b. H. geschlossenen Vertrags auf ein Jahr.

Schließlich war vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen an den Haushaltausschuß gestellt, wegen der durch die Bearbeitung der Ostfragen entstandenen starken Mehrbelastung des Ministeriums die Ernennung eines neuen Ministerialdirektors zu genehmigen, in dessen Hand die Bearbeitung der gesamten Ostfragen liegen sollte. Dafür sollte im Ernährungsministerium die Zahl der Ministerialräte um eine Stelle vermindert werden. Das erste Ergebnis der neuen Ostpolitik ist also die Ernennung eines hohen Ministerialbeamten. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Verweisung des Antrags des Ernährungsministeriums an einen Unterausschuß beantragt, die beschlossen wurde.

Frick klagt und — „gewinnt".

Dessau liegt nicht in Thüringen!

Herr Frick glaubt es der Würde seines thüringischen Ministerpostens schuldig zu sein, überall Strafanträge zu stellen, wo ein Sozialdemokrat ihm das Gegenteil von Hochachtung bezeigt. So hat er auch den verantwortlichen Redakteur des „Volksblattes für Anhalt", den Genossen Gerhart Seger, vor den Richter gezerrt. Als Frick seine bekannte Aeußerung getan hatte, daß Severing auf die Beantwortung einer an ihn gestellten amtlichen Anfrage lange warten könne, nannte ihn Genosse Seger frech, feige und größenwahnsinnig.

Gestern fand vor dem Schöffengericht in Dessau dieserhalb die Hauptverhandlung statt, mit deren Ausgang Herr Frick nicht ganz zufrieden sein dürfte. Der Verteidiger Segers, Genosse Landsberg, stellte eine große Zahl von Beweisanträgen, um darzutun, daß die Vorwürfe der Frechheit und der Feigheit voll berechtigt seien. Den Beweis der Frechheit sollten namentlich eine Reihe von Aeußerungen erbringen, die Frick im Reichstage getan hat. Als Frechheit bezeichnete es Genosse Landsberg u. a., daß Frick die Reichsfahne als schwarzrotgelb bezeichnet, daß er die Hitler-Putschisten verherrlicht, daß er hohen preußischen und Reichsbeamten vorgeworfen hatte, sie wollten politische Mordtaten nicht verhindern, daß er ohne die geringste Unterlage dem Abg. Mittelmann gewinnreiche Beteiligung an Reparationslieferungen nachsagt, daß er eine schamlose Beleidigung, die sein Freund Strasser gegen den Genossen Otto Braun begangen, im Reichstag wiederholt, daß er den Vertretern Deutschlands bei den Verhandlungen über den Young-Plan jedes Gefühl für nationale Ehre und Würde abgesprochen, daß er von dem toten Stresemann gesagt hatte, er sei für seine Außenpolitik vom Auslande bezahlt worden.

Den Vorwurf der Feigheit wollte Genosse Landsberg damit beweisen, daß Frick, der bei Ausbruch des Weltkrieges erst 37 Jahre alt war, nicht einen Augenblick an der Front gewesen ist, obwohl seine vorgesetzte Behörde ihn zweifellos auf einen entsprechenden Wunsch von seinen dienstlichen Obliegenheiten in der Heimat entbunden haben würde, ferner dadurch, daß Frick vor dem Volksgericht in München jede Beteiligung am Hitler-Putsch wider besseres Wissen in Abrede gestellt und schließlich dadurch, daß er in einem anonymen Zeitungsartikel einen höheren preußischen Beamten verleumderisch beleidigt und den verantwortlichen Redakteur, gegen den der Beleidigte Strafantrag gestellt hatte, in der Patsche hatte sitzen lassen.

Genosse Landsberg stellte unter Beweis, daß Herr Frick eben diesem Redakteur, seinem Gesinnungsgenossen, der ihn um Uebergabe seines Materials bat, hatte sagen lassen, er sei für ihn nicht zu sprechen; ferner bezog er sich auf das Zeugnis des Vorsitzenden in jener Verhandlung, der das feige Verhalten Fricks in der schärfsten Weise gerügt habe. Genosse Landsberg führte aus, daß Frick, der überhaupt nicht polemisieren könne, ohne die Ehre seiner Gegner anzutasten, der letzte sei, der das Recht habe, wegen scharfer Worte, die gegen ihn gebraucht würden, gerichtlich vorzugehen. Sein Verhalten werde dadurch nicht sympathischer, daß er seine Pfeile entweder aus dem Hinterhalt oder unter dem Schutze der Immunität abschieße. Die gestellten Beweisanträge seien zum mindesten für das Strafmaß erheblich, denn die Beweisaufnahme werde die Persönlichkeit Fricks in einem so bedenklichen Lichte erscheinen lassen, daß man seinen Anspruch auf Achtung zu verneinen berechtigt sei, so daß das Gericht höchstens zu einer geringen, dem Werte des angegriffenen Rechtsgutes entsprechenden Geldstrafe werde kommen können.

Das Gericht unterstellte die sämtlichen vom Verteidiger vorgebrachten Tatsachen als wahr und erkannte wegen formeller Beleidigung auf 150 Mark Geldstrafe. Herr Frick kann mit dem Juden aus Hebbels Schatzkästlein ausrufen: Ei, wei, ich hab' gewonnen!

Alfons und Alba.

Könige, die gern Präsidenten einer Republik sein wollten.

Uns wird geschrieben:

Die Bereitwilligkeit, mit der König Alfons XIII. von Spanien in der von Ihnen wiedergegebenen Unterredung mit dem spanischen Politiker Santiago Alba vor einigen Tagen dem Vorschlage zugestimmt haben soll, wenn die inneren Verhältnisse Spaniens die Errichtung einer Republik erforderten, auf Lebenszeit Präsident dieser Republik werden zu wollen, ist in den letzten Jahrzehnten wiederholt von Monarchen ausgesprochen worden, die ihren Thron wanken fühlten, sich aber doch an der Macht erhalten wollten. Der erste dieser Könige, die Präsident zu werden bereit waren, ist König Victor Emanuel II. von Italien gewesen, der wohl wußte, daß das Ziel der meisten italienischen Einheitskämpfer eine Republik, aber keine Monarchie war. Als er daher im Jahre 1872 mit einem seiner französischen Freunde, dem Grafen de Maugny auf den Sturz Napoleons III. und die Errichtung der französischen Republik zu reden kam, äußerte er: „Ein solches Schicksal schwebt über allen Herrschern. Darüber aber mache ich mir keine Sorgen, weil ich Republikaner bin und daher auch Präsident werden würde."

Bei den emig brodelnden Zuständen Italiens unter seinem Sohne und Nachfolger, dem im Jahre 1900 erschossenen König Humbert, war die Republikanisierung Italiens gelegentlich in solche Nähe gerückt, daß der italienische Ministerpräsident Benedetto Cairoli zu Beginn der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts dem König riet, die Präsidentschaft anzunehmen, wenn ihn das Volk zum Präsidenten einer italienischen Republik wählen würde. Er setzte freilich hinzu, daß der Wille des königlichen Präsidenten sich von dem des Volkes nicht unterscheiden dürfe, wozu Humbert sich auch bereiterklärte.

Auch Kaiser Dom Pedro II. von Brasilien gehörte zu den Fürsten, die bereit waren, auf den Wunsch ihres Volkes statt einer Krone einen Hut zu tragen. Kurz vor seiner Absetzung im Herbst 1889 hielt sich der reselustige Monarch in Rom auf und wurde dort von dem ehemaligen Internuntius in Rio de Janeiro, dem Kardinal Mocenni, nach den Fortschritten der republikanischen Bewegung in seinem Lande gefragt. Auf diese Frage erwiderte Dom Pedro nachlässig und gleichgültig: „Darum kümmere ich mich nicht; wenn die Brasilianer mich nicht mehr als Kaiser mögen und mich statt dessen zum Präsidenten machen wollen, so bin ich auch dazu bereit." Der weltkluge Priester meinte dagegen sehr richtig, daß sich die Brasilianer, wenn sie eine Republik errichten wollten, wahrscheinlich einen anderen Präsidenten wählen würden, als gerade ihren abgesetzten Kaiser. Und damit behielt Mocenni recht.

So werden es wohl auch die Spanier machen, wenn die Republik dort ausgerufen werden sollte. Völker, die ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen haben, pflegten bisher niemals einen Mann zum Präsidenten zu wählen, der dem eben gestürzten Herrscherhause angehörte und daher viel zu sehr mit seiner ehemaligen Umgebung und den monarchistischen Traditionen seines Hauses verwachsen war, als daß er ein ehrlicher Republikaner hätte sein können. Es ist übrigens kaum bekannt geworden, daß die gleiche Frage im Jahre 1918 auch in Deutschland, und zwar in Württemberg vorübergehend auftauchte. Bei der Beliebtheit, die König Wilhelm im ganzen Lande genoß, dachte man einen Augenblick daran, ihn an die Spitze der Republik Württemberg zu stellen, ohne daß dem Gedanken aber eine weitere Folge gegeben wurde. So wird es auch mit dem spanischen Präsidenten Alfons von Bourbon noch gute Weile haben, und die Zweifel, die Kardinal Mocenni dem zuversichtlichen Kaiser von Brasilien gegenüber äußerte, dürften wohl auch dem König von Spanien gegenüber ihre Berechtigung noch nicht verloren haben.

Brünings Regierungsparteien.

Volkspartei gibt nicht nach.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich in einer Fraktionssitzung am Mittwochabend nochmals mit dem Deckungsprogramm, wie es sich auf Grund der Verhandlungen mit dem Minister Dietrich voraussichtlich gestalten soll. Die Fraktion hielt an ihren Beschlüssen und an den Forderungen, die sie bereits gestern dem Kabinett übermittelt hat, fest.

Wirtschaftspartei ahmt Volkspartei nach.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei trat gestern zu einer Sitzung zusammen, in der sie sich mit der Frage der finanziellen Sanierung beschäftigt. Es wurde beschlossen, dem Reichskanzler die Stellungnahme der Fraktion in einem Schreiben zu übermitteln. Wie wir erfahren, fordert die Wirtschaftspartei eine wesentlich stärkere Ersparnis an den einzelnen Etats, als sie bisher vorgesehen war. Sie verlangt auch eine Herabsetzung der Beamtengehälter, wobei sie erklärt, daß sie den Weg der unverschleierten Gehaltskürzung dem eines sogenannten Notopfers vorziehen würde. Die gleiche Gehaltskürzung soll durch Reichsgesetz auch für die Beamten der Länder und Gemeinden vorgeschrieben werden. Die Zuweisungen an die Länder sollen entsprechend gekürzt werden. Eine Verzehrsteuer lehnt die Wirtschaftspartei ab, dagegen fordert sie für die Gemeinden entweder eine Kopfsteuer oder die Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Bei Bewilligung ihrer Forderungen, so wird weiter erklärt, würde die Wirtschaftspartei einem mäßigen Zuschlag zur Einkommensteuer in den höheren Steuerstufen zustimmen.

Reichstag bis Ende Juli.

Der Reichstag wird nach dem Arbeitsplan seines Aeltestenrats kaum vor Ende Juli in Sommerferien gehen. Mit der dritten Beratung des Reichshaushalts kann voraussichtlich erst Mitte Juli begonnen werden.

Die Schweiz gibt gutes Beispiel.

Scharfes Verbot an Beamte und Militärs gegen Annahme fremder Orden.

Bern, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Mit großer Mehrheit hat der Schweizer Nationalrat ein Ordensverbot beschlossen, das Mitgliedern aller eidgenössischen und kantonalen Behörden, schweizerischen Diplomaten sowie Angehörigen des Militärs die Annahme fremder Orden untersagt. Zuwiderhandelnde werden ihres Amtes enthoben.

Schober bleibt fest.

Ausweisungsbefehl gegen Pabst bleibt bestehen.

Wien, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Der Bundeskanzler hatte am Mittwoch wiederum eine Besprechung mit den Führern der Heimwehr über die Ausweisung des Major Pabst. Amtlich verlautet über das Ergebnis der Besprechung nichts. Es heißt jedoch, daß der Bundeskanzler es abgelehnt hat, dem ausgewiesenen Putschisten die Rückkehr nach Oesterreich zu gestatten. Er soll dagegen für Pabst einen kurzen Aufenthalt zur Regelung privater Angelegenheiten in Aussicht gestellt haben, sobald die Affäre nicht mehr aktuell sei. Es müßten jedoch Garantien geboten werden, daß Kundgebungen aller Art unterbleiben und Pabst sich während seines Aufenthaltes in Innsbruck politisch nicht betätige.

Zwangsarbeitsabkommen beschlossen.

Genf, 25. Juni.

Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Mittwochabend in einer Vollversammlung mit 78 gegen 12 Stimmen das Abkommen über die Zwangsarbeit angenommen. Von den Kolonialmächten sprach sich die Mehrzahl für das Abkommen aus.

Ein schwerer Konflikt ist im oberschlesischen Sejm zwischen dem Wojwoden Grazynski und der oppositionellen Mehrheit (Deutsche, Korfanty-Gruppe, Sozialisten) ausgebrochen. Grazynski weigert sich, irgendwelche Etatänderungen auch nur zu diskutieren und hat angeblich „keine Zeit" zum Erscheinen!

Deutschlands außenpolitische Aufgaben.

Mut zur Friedensarbeit! — Kampf für den Minderheitenschutz!

In der fortgesetzten Landwirtschaftsdebatte des Reichstags sprach am Dienstag nachmittag zunächst

Frau Abg. **Weber** (Z.): Das Steigen der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen in ein Skandal. (Zuruf von den Kommunisten: Deswegen haben Sie auch die Zölle beschlossen!) Gesetzgeberische Maßnahmen haben da allerdings wenig Zweck.

Abg. Dr. **Horlacher** (Bayer. Bp.): Die Osthilfe darf nicht bei Preußen halt machen, sie muß auch die von der Tschechoslowakei bedrohte bayerische Ostmark berücksichtigen — das ist eine grundsätzliche Frage für uns. Das Meistbegünstigungssystem muß sofort verschwinden.

Abg. **Ederer**-Niederbayern (D. Bp.) klagt über die hohen Steuern.

Abg. **Drewitz** (Wirtschp.) sucht nachzuweisen, daß der jetzige Brotpreis durchaus berechtigt ist. Gegen das Brotgesetz haben wir nicht wegen des gesetzlichen Brotgewichts gestimmt, sondern weil es nicht den erhöhten Roggenverbrauch garantiert. Die Verschiedenheit der Roggenmehle ermöglicht den Brotfabriken und Konsumvereinen den größten Schwindel der Weltgeschichte, daß sie billigeres Brot hätten; dabei liefern sie 80prozentiges Roggenmehl mit 13 Prozent Weizenmehl und allem möglichen Dreck. (Erregte Rufe der Soz.: Schämen Sie sich!)

Abg. Frau v. **Hertwig-Bünger** (D. Vp.) spricht über die Besprechungen zur Entlastung der Hausfrauen und zu ihrer Beratung.

Abg. **Schlange-Schöningen** (Chr.-Nat.) polemisiert gegen den Abg. Graf zu Eulenburg und fordert praktische Arbeit von den Deutschnationalen. Warum hat

Abg. Hergt durch das billige Schlagwort „Subvention ist Korruption" den Feinden der Landwirtschaft Waffen in die Hand

gegeben?

Abg. **Gottheiner** (Dnat.) gibt dem Vorredner den Vorwurf der Ueberheblichkeit zurück, dem dieser dem Abg. Graf zu Eulenburg gemacht hat.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Darauf wird der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Minister Schiele gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der Haushalt mit den Entschließungen des Ausschusses unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge angenommen. — Angenommen wird eine sozialdemokratische Entschließung zugunsten der Kleinfischer. Das Osthilfegesetz, Milchgesetz und Kleingesetz werden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Vermahlungszwanges für Inlandsweizen.

Darauf folgt der Haushalt des Auswärtigen Amtes, mit dem das Wirtschaftsabkommen mit Polen und Danzig, sowie eine Anzahl Verträge mit Deutschösterreich verbunden sind. — Berichterstatter ist Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnat.).

Reichsaußenminister Dr. Curtius:

Zur Außenpolitik gedenkt der Minister vor allem der Rheinlandräumung.

Die Befreiungsfeiern im Rheinland, dem wir nochmals unseren Dank für seine Treue aussprechen, werden hoffentlich das Bild eines Deutschlands zeigen, das in den letzten und höchsten Fragen einig ist.

Wir gedenken heute wieder jenes Mannes, der seine beste Kraft für die Befreiung des Rheinlandes hingegeben hat und der nicht mehr unter uns weilt. Mögen die seelischen Wirkungen der Befreiung noch lange nachwirken! Gegenüber gewissen Presseäußerungen, daß die deutsche Außenpolitik nach der Rheinlandräumung neue Ziele anstreben werde, kann ich nur sagen, daß sich die Ziele der deutschen Außenpolitik für jeden vernünftigen Beurteiler längst von selbst ergeben. Unsere Außenpolitik war niemals so ausschließlich auf die Lösung dieser einen Aufgabe eingestellt, daß sie darüber andere Ziele preisgegeben hätte; sie war immer darauf gerichtet, die volle politische Freiheit und Gleichberechtigung für Deutschland auch auf den Gebieten zu erreichen, wo sie heute noch nicht als gewonnen zu bezeichnen ist. Wir werden uns mit aller Kraft für eine Entwicklung einsetzen, die den deutschen Lebensinteressen Genüge schafft, und die den Frieden sichert, dessen Schutz wir für unsere Aufgaben brauchen. In jeder Situation werden wir kühl einschätzend unsere Möglichkeiten und Kräfte einsetzen. Unsere Beziehungen zu den Besatzungsmächten werden durch die Räumung wesentlich entlastet, die Barriere für ihre normale Gestaltung fällt. Das ist nicht ein Geschenk, sondern

eine Handlung der politischen Vernunft, die gute Früchte tragen wird.

Die Liquidation des Krieges ist leider noch nicht vollendet, die Saarfrage noch nicht gelöst. Die lange Dauer der Pariser Verhandlungen erklärt sich durch die außerordentlich verwickelten Einzelfragen. Ich bin überzeugt, daß die Deutschen an der Saar, die stets treu zu Deutschland gehalten haben, auch diese Monate der Ungewißheit und des Harrens mit ruhiger Geduld und festen Nerven ertragen werden.

So sicher wir auch der Volksabstimmung im Jahre 1935 sind, so wäre es doch erfreulich, wenn die Saarfrage durch freiwillige Vereinbarung schon jetzt geregelt würde.

In Mitteleuropa sehen wir einen Zustand, wenn nicht der Gärung, so doch der inneren Bewegtheit, Tendenzen und Entwicklungen, die in ihrem Wesen noch nicht zu bestimmen sind, ein Gemisch von neuen und alten Methoden, Fortschritt und zähes Festhalten an Sonderinteressen, das mit allen bekannten Mitteln der Vorkriegspolitik betrieben wird. Deutschland hat nicht das mindeste Interesse einer Scheidung der Staaten in gegensätzliche Lager. Tritt sie aber ein, so wird Deutschland auf der Seite derer stehen, die für seine Gleichberechtigung und eine vernünftige Fortentwicklung eintreten. Jedenfalls gibt es für Deutschland keinen Widerstreit zwischen seinen eigenen Interessen und denen der großen europäischen Gemeinschaft.

Im Völkerbund standen bis jetzt vielfach die Sonderbesprechungen über akute Fragen im Vordergrund; zukünftig wird der Völkerbund mehr zu seinen Aufgaben kommen. Er steht noch im Anfang, die Gleichberechtigung ist noch nicht in dem notwendigen Maße durchgeführt. Es fehlen noch Vorkehrungen zur Gewährleistung friedlicher internationaler Entwicklung, und besonders auf den Gebieten der Abrüstung und des Minderheitenschutzes ist noch viel Grund zu berechtigter Kritik.

Noch immer sucht man jeden Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung von der Gewährung einer besonderen Sicherheit abhängig zu machen,

obgleich es viel richtiger wäre, nicht Krieg gegen den Krieg zu führen, sondern dem Krieg überhaupt vorzubeugen. Wir müssen die Regierungen immer wieder auf die Verpflichtungen hinweisen, die sie bei der Errichtung des Völkerbundes übernommen haben.

Das Kabinett wird in den nächsten Tagen die Beratung über die Antwort auf das Briandsche Memorandum zur Paneuropafrage beendigen. Vorher kann ich außer grundsätzlicher Zustimmung keine Aeußerungen über Einzelheiten machen. Die Antwort auf Briands Fragebogen wird sich im Sinne der letzten großen Rede Stresemanns in Genf halten.

In der deutsch-russischen Politik drohte ein Umschwung zur Verschlechterung der Beziehungen einzutreten, besonders wegen unserer Bedenken über die antireligiöse Kampagne und die Verschärfung der revolutionären außenpolitischen Tendenzen der Sowjetregierung.

Die Regierung hat es für nötig gehalten, diese Störungen durch offene Besprechung der grundsätzlichen nicht materiellen Schwierigkeiten zu beseitigen. Das Pressekommuniqué über diese Besprechungen enthält nichts Sensationelles, sondern im großen ganzen nur die Feststellung, daß das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse die Grundlage der Beziehungen bildet. Wir müssen Wert auf gute Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn legen, besonders zu dem größten, weil der Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft von der Entwicklung des Exports nach dem Osten abhängt, und weil wir die Brücke vom Osten zu den westeuropäischen Staaten bilden wollen.

Beim deutsch-polnischen Grenzzwischenfall sind wir verdächtigt worden, als suchten wir solche Zwischenfälle zu provozieren, um die Unhaltbarkeit dieser Grenzziehung zu beweisen.

Man muß uns doch mindestens soviel politischen Verstand zutrauen, daß wir nicht glauben, Außenpolitik mit Hilfe von Grenzzwischenfällen zu treiben.

Die Klärung des letzten Zwischenfalls ist noch nicht abgeschlossen. Die deutschen Grenzbeamten haben die Anweisung erhalten, sich größter Korrektheit in ihrem Dienst zu befleißigen. Mit Rumänien stehen wir leider noch im vertragslosen Verhältnis und auch mit Polen leider noch im Handelskrieg. Das liegt daran, daß diese Staaten den größten Wert auf ihren Agrarexport legen, während wir selbst Rücksicht auf unsere notleidende Landwirtschaft nehmen müssen. Unsere Versuche, feste Zollsätze zu vermeiden, waren erfolgreich. Eine Gefahr bildet das polnische Kohlenkontingent, ohne das aber der dringend nötige Handelsvertrag gescheitert wäre.

Zu den Auseinandersetzungen, ob die Außenpolitik oder die Innenpolitik den Vorrang habe, möchte ich erklären, daß dieser Streit müßig ist, und daß eine kraftvolle Außenpolitik ihre Vorbedingung in konsolidierten innerpolitischen Verhältnissen haben muß. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Die Befreiung der Rheinlande scheint man auch in Deutschland bagatellieren zu wollen, obgleich jahrelang die Räumung gefordert wurde. Natürlich hätte die reichstreue rheinische Bevölkerung auch weiter die Last der Besatzung ertragen, wenn die Räumung allzu schwere Opfer erfordert hätte. Genugtuung empfinden wir darüber,

daß die Räumung durch eine Politik der Ablehnung der Gewalt und der gewalttätigen Redensarten gelungen

ist. Wir gedenken in diesem Moment Stresemanns, der uns nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch in der Innenpolitik fehlt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Stolz erfüllt uns, daß erst die Sozialdemokratie die Vorbedingungen zu dieser Politik Stresemanns geschaffen hat.

Die Sozialistische Internationale forderte die Räumung schon zu einer Zeit, als die bürgerlichen Parteien der anderen Länder noch nicht an sie dachten.

Wir haben den Eindruck, daß diejenigen, die jetzt sich zu den Feiern im Rheinland begeben, sich das alleinige Verdienst an der Räumung zuschreiben wollen.

Ein neues Kapitel der deutschen auswärtigen Politik ist mit der Befreiung von dem Besatzungsdruck angebrochen, aber diese Politik hat nicht anderen Gesichtspunkten als bisher zu folgen. Wir warnen vor der Ansicht, daß die deutsche Außenpolitik jetzt größere Aktivität, lies größere Angriffslust, zeigen sollte. Eine einseitige Bindung an einzelne Mächte darf nicht erfolgen. Eine Bindung an auswärtige Mächte darf nur den Charakter der Friedenssicherung tragen.

Die Tatsache, daß wir 1924 den Vertrag mit der Sowjetunion geschlossen haben, ist der beste Beweis, daß wir nicht auf Kosten des Ostens ein gutes Verhältnis zum Westen herstellen wollten. Auch die spätere deutsche Politik hat das nur bekräftigt. Und es war gut, daß niemals ein Versuch nach anderer Richtung gemacht worden ist, der nur zum Schaden Deutschlands hätte ausgehen können. (Zustimmung.) Deutschland treibt europäische Politik. Gewisse Parteien, besonders der Rechten, sind damit nicht einverstanden. Aber niemand hat ein stärkeres Interesse an der friedlichen Weiterentwicklung Gesamteuropas als Deutschland, das zwischen dem Westen und dem Osten Europas eingefügt ist, und das noch weit davon entfernt ist, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau vollendet zu haben.

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Außenpolitik, gewissen Hoffnungen und Wünschen entsprechend, geändert würde, die nicht nur als Befürchtungen im Ausland laut, sondern jetzt auch in Deutschland verkündet werden.

Es wäre verhängnisvoll, wenn jetzt nach Erlangung der freien Hand eine Außenpolitik getrieben würde, die uns in ihren Konsequenzen in betonten Gegensatz zu den Mächten führen würde, mit denen wir bisher in erster Linie zu paktieren genötigt waren, vor allem zu Frankreich oder England. (Zustimmung.) Das würde ein bedenklicher Rückfall in die Vorkriegsdiplomatie sein, die zur Erhaltung des Gleichgewichts Bündnisse und Ententen schloß und damit den Zusammenbruch Europas herbeigeführt hat. (Sehr wahr!) Für unsere Außenpolitik nach der Rheinlandräumung soll das Wort des Außenministers „Keine Abenteuer!" maßgebend sein. Unsere Außenpolitik kann nicht nüchtern genug betrieben werden. Für die Jugend mag es anziehender sein, wenn starke Parolen ausgegeben werden, aber wir haben die Interessen des deutschen Volkes zu wahren, und

je nüchterner unsere Außenpolitik ist, um so besser für die deutsche Republik und das deutsche Volk.

(Sehr wahr! links und in der Mitte.)

Manche Leute haben sich von einem besonders engen freundschaftlichen Verhältnis zu Rußland große außenpolitische Vorteile für Deutschland versprochen, das dann ein besonders starkes Gewicht, vor allem in dem Verhältnis zu den Westmächten in die Wagschale werfen könnte. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion sind zu Rußland und zu einer Rußland berücksichtigenden Außenpolitik durchaus positiv eingestellt. Wir sind einverstanden mit dem Festhalten an den Verträgen von Rapallo und Berlin, auch mit der Haltung, die das Auswärtige Amt in der letzten Zeit eingenommen hat, und mit den Verhandlungen in Moskau, wenn wir uns auch nicht ganz verschweigen, daß

ein gewisser Widerspruch zwischen den ursprünglichen Klagen der Reichsregierung über gewisse russische Dinge und dem letzten Kommuniqué besteht. Man hat wenig energisch angefangen, aber diese Energie scheint sich im Laufe der Verhandlungen noch beträchtlich verflüchtigt zu haben.

Wir möchten vor allem, daß unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland erhalten und wenn möglich vertieft werden. Von dem, was der Berliner Vertrag 1924 darüber gesagt hat, ist der heutige Stand dieser Beziehungen sehr weit entfernt. Nicht nur, daß der deutsch-russische Handel noch lange nicht den Umfang der Vorkriegszeit angenommen hat, sondern es werden in Rußland dem deutschen Handel Schwierigkeiten bereitet, die sich einstweilen nur schwer überwinden lassen. (Sehr wahr!) Das wesentlichste Hindernis liegt gewiß in der wirtschaftlichen Lage Rußlands. Wir wünschen, daß die russische Wirtschaftslage sich so bessert, daß auch unsere Wirtschaft davon profitieren kann, was wieder ganz Europa zugute käme. Das in Rußland bestehende Außenhandelsmonopol gibt jedem Meistbegünstigungsvertrag einen ganz anderen Charakter, als mit anderen Ländern.

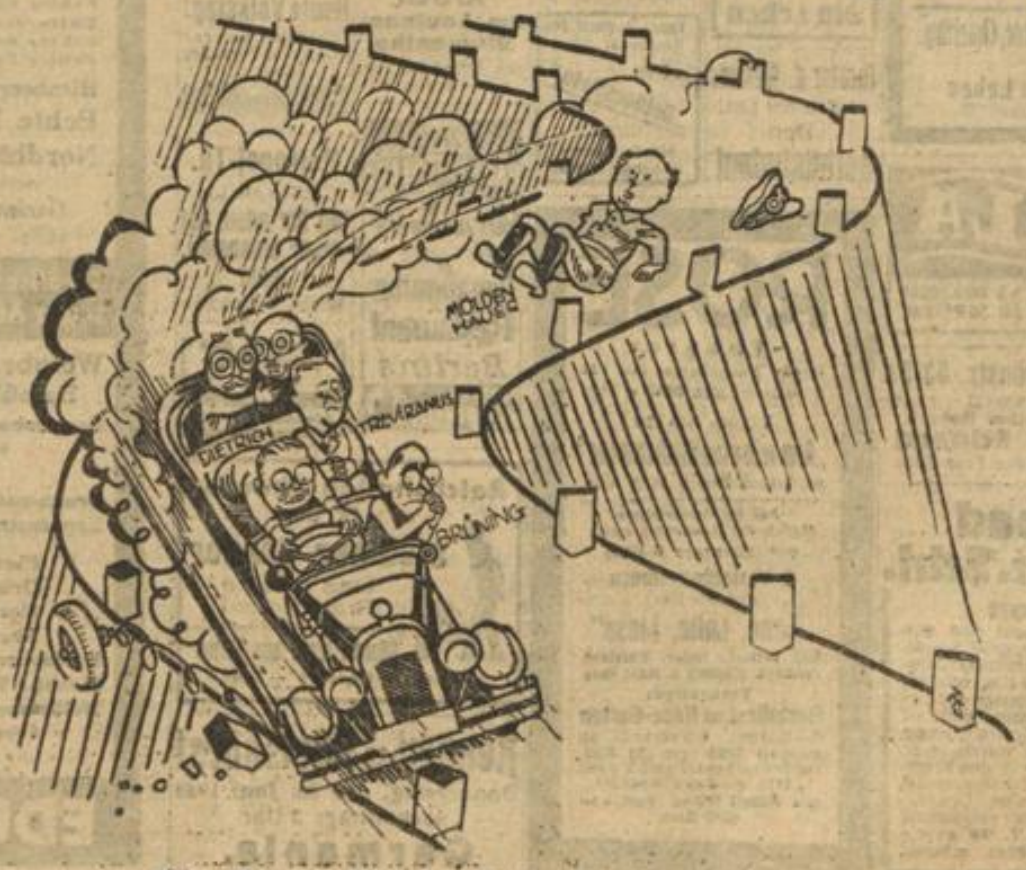
Was hilft uns die russische Meistbegünstigung, wenn die russischen Behörden wichtige und die wichtigsten Bestellungen nicht in Deutschland machen,

außerdem haben sie die Möglichkeit, Handel und Einfuhr nach Rußland dahin zu konzentrieren und zu dirigieren, wo es ihnen aus wirtschaftlichen, aber auch aus politischen Gründen zweckmäßig erscheint. Wir sehen, in welch hohem Maße Rußland aus Amerika einführt. Auch zur Zeit, als die diplomatischen Beziehungen mit England abgebrochen waren, entwickelte sich der englisch-russische Handel außerordentlich stark. Man ersieht daraus, wie falsch die russische oder auch deutsch-kommunistische Behauptung ist, als ob Deutschland böswillige Zurückhaltung übte. (Sehr wahr!) Unser Wunsch nach Förderung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen bedeutet aber nicht irgendwelches Einlassen auf politisch-militärische Spekulationen.

Wir fordern den Außenminister auf, die unkontrollierbaren Fäden zwischen der deutschen Reichswehr und der Sowjetarmee besonders stark zu kontrollieren. Wir wollen wirtschaftliche, allgemein politische Freundschaft mit Rußland, aber wir wollen nicht, daß irgendwelche militärische Beziehungen angeknüpft werden, die nicht in Einklang mit unserer Außenpolitik stehen, und die unserer Freundschaft mit Rußland einen anderen Charakter geben, dadurch aber die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten verschlechtern würden.

(Sehr gut! bei den Soz.) Wir fordern, daß die deutsche Regierung

Das rasende Reichsregierungsauto.



Chauffeurwechsel bei steiler Talfahrt ist gefährlich!

alles tut, um eine von Rußland geförderte innerpolitische Agitation in Deutschland zu unterbinden.

Ebensowenig wie wir uns gegen einen Staat wegen seiner Staatsform und Regierungsmethoden abschließen, ebensowenig können wir uns auch an einer Kampagne beteiligen, die durch internationale Mittel die Staatsform und Regierungsmethoden in einem anderen Lande ändern will. Gerade im Verhältnis zu Rußland wünschen wir nüchterne Politik.

Ich hoffe, daß nicht zum Botschafter in Moskau ein Mann ernannt wird, der nach unserer Ueberzeugung über diese Nüchternheit in keiner Weise verfügt.

(Abg. Stöhr (Nat.-Soz.): Gehen Sie doch nach Moskau!) Nein, am liebsten würde ich Sie hinschicken, aber ich fürchte, Sie bleiben uns erhalten. (Heiterkeit.) Jedenfalls glaube ich, daß Sie mit Ihren Methoden in Rußland viel günstiger wirken könnten und auch viel freundlicher aufgenommen werden würden, als einer von uns. (Heiterkeit.) Wir Sozialdemokraten sind zum großen Teil darauf angewiesen, Nachrichten über die Zustände in Rußland aus zweiter Hand zu beziehen. Die russische Regierung, die bürgerliche und besonders deutschnationale Journalisten mit Freude und sogar mit einer gewissen Begeisterung begrüßt, läßt keinen sozialdemokratischen Berichterstatter zu. Wir müssen vielleicht auch mißtrauischer sein, als z. B. Herr Kollege Hoetzsch, der ja so häufig Gelegenheit nimmt, sich selbst in Rußland zu informieren. Aber unser Gesamturteil über die russischen Verhältnisse ist doch wohl durchaus richtig, und es mahnt uns zur denkbar größten Vorsicht und Zurückhaltung.

Dasselbe gilt auch von Italien. Manche Leute wollen, daß nach der Rheinlandräumung engere Beziehungen mit Italien hergestellt werden, als schon bestehen. Auch die faschistische Staatsform und ihre Regierungsmethoden können eine demokratische Republik nicht veranlassen, sich vollständig gegen Italien abzuschließen. Aber

was sollten engere Beziehungen zu Italien uns nützen?

(Abg. Stöhr: Fragen Sie Herrn Theodor Wolff! — Heiterkeit.) Wie sollte Mussolini uns nützen, zumal bei der jetzigen starken Spannung zwischen Frankreich und Italien, die Truppen gegeneinander ansammeln. Wenn Worte Taten wären, dann bedeuteten gewisse italienische Reden schon den Krieg. Wir hoffen, daß die bestehenden Kriegsverhütungsmethoden (Lachen rechts) den Ausbruch des Konflikts vermieden werden. Aber

nichts wäre für Deutschland bedenklicher, als eine Anlehnung an Italien und dadurch ein Gegensatz zu Frankreich. Außerdem gibt es eine gewisse Ethik für die Republik und für die Demokratie,

und diese verbietet eine Politik besonderer Freundschaft mit dem Faschismus, und noch dazu eines Gegensatzes gegen das republikanische Frankreich. Die deutsche Republik darf dem System Mussolini nicht diese moralische Rückenstärkung geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Grenzzwischenfälle mit Polen sind offenbar nicht von deutscher Seite provoziert worden; doch ist eine gewisse Einschränkung zu machen. Die Affäre Neuhöfen hat eine verzweifelte Aehnlichkeit mit dem Fall Schnäbele 1887, der uns nahe an den Rand eines Krieges mit Frankreich geführt hat.

Man sollte die deutschen Grenzbeamten ausdrücklich dahin instruieren, daß sie sich nicht nur jeder direkten Provokation, sondern auch jeder Lockspitzeltätigkeit ubedingt zu enthalten haben.

Vor 1914 hätte eine solche Häufung von Grenzkonflikten leicht die Kriegsgefahr heraufbeschwören können. Wir sehen, daß der Verständigungsgedanke große Fortschritte gemacht hat. Wir müssen auf diesem Wege bleiben, um zwar langsam, aber schließlich doch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen zu bessern.

Man verlangt aktive Außenpolitik. Sie könnte darin bestehen, daß man im Etat des Auswärtigen Amtes die Sparsamkeit einführt, die in den anderen Ministerien schon geübt wird. Die großen Aufwendungen für die Vertretungen in Angora und Konstantinopel, gewisse auffallend hohe Ausgaben für Einrichtungsgegenstände und Reisekosten sind zwar im Verhältnis zum Gesamtetat geringfügig, zeigen aber, daß im auswärtigen Dienst immer noch ein Geist herrscht, der von dem allgemeinen Empfinden in den republikanischen Verwaltungen sich stark unterscheidet. Wenn aber ein diplomatischer Vertreter des Reiches hohe Ausgaben u. a. damit begründet, daß die Seidenstrümpfe für Damen in der betreffenden Hauptstadt außerordentlich teuer seien, während jedermann weiß, daß er sie durch den Kurier aus Berlin mitbringen läßt, so ist das

eine schlimme Irreführung nicht nur seiner Behörde, sondern auch der Volksvertretung,

die diese Gelder bewilligt. (Lebhafte Zustimmung.) Neben ganz ausgezeichneten Beamten sind im auswärtigen Dienst auch Herren tätig, die bei besonderer Hervorhebung des äußerlichen Auftretens sich dem Geist und Wesen der demokratischen Republik nicht anpassen und noch in jener Zeit zu leben scheinen, da die Diplomaten nur mit Fürsten und ihren Ministern zu tun hatten, während sie heute Deutschland bei dem ganzen Volk vertreten sollen, bei dessen Regierung sie beglaubigt sind. Auch hier müßte auf Wandel gesehen werden. (Sehr wahr! links.)

Oder sieht man die Aktivität der Außenpolitik vielleicht in der Förderung deutscher Kolonialpropaganda, wie sie jetzt unter Mißbrauch des Auswärtigen Amtes betrieben wird? Wir wollen die Aktivität der Außenpolitik darin sehen, daß sie die Annäherung und Verständigung zwischen den Staaten fördert. Diesem Ziel streben wir zu, und

darum begrüßen wir das Memorandum Briands.

Freilich drängt es die wirtschaftlichen Fragen sehr bedauerlicherweise in den Hintergrund und macht ihre Regelung von einem vorherigen Abkommen über die Sicherheit abhängig, obgleich nicht zu erkennen ist, was beides miteinander zu tun hat. Verhindert muß werden, daß durch eine europäische Organisation der Völkerbund geschwächt oder geschädigt werde. Er ist zwar noch lange nicht unser Ideal, aber es darf nicht ein Konkurrenzverband die Bedeutung dieses Weltbundes einschränken. Ueber die Aufrechterhaltung der Souveränität der Einzelstaaten, die Briand sonderbarerweise auch im europäischen Verband erhalten will, könnte man verschiedene Meinungen äußern. (Zuruf rechts: Sie haben ja schon die deutsche Souveränität beseitigt!) Jeder internationale Vertrag ist eine Beschränkung der Souveränität, Deutschland hat darüber hinaus große Teile seiner Souveränität verloren.

Man sollte zu dem Begriff der Gleichberechtigung übergehen, die heute freilich nicht vorhanden ist.

Unsere Abrüstung wollen wir aber nicht wie Sie (nach rechts) durch Aufrüstung ersetzen und durch Beseitigung der entmilitarisierten Rheinzone, aber wir fordern, daß die anderen Regierungen ihre Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag und aus dem Völkerbundspakt erfüllen. In die Genfer Verhandlungen über den Plan Briands tritt Deutschland mit dem Vorbehalt seiner Gleichberechtigung ein und daß der neue Pakt die Revisionsmöglichkeiten älterer Verträge stärker herausarbeiten muß, als der Artikel 19 des Völkerbundpaktes. (Zustimmung.)

In dem Memorandum Briands ist kein Hinweis enthalten auf das große Problem des Minderheitenschutzes, dessen Regelung eine Voraussetzung für das Gelingen des ganzen Planes ist. Hier erwächst Deutschland die Aufgabe des Eintretens für alle, nicht nur für die deutschen Minderheiten. Kennzeichnend für die Zustände auf diesem Gebiet ist die Behandlung der Schriftstellerin Isolde Reiter, die wegen ihres Eintretens für die deutsche Minderheit in Südslawien verhaftet, in infamster Weise mißhandelt und gefoltert worden ist. Dieser Fall ist ein wahrer Schandfleck für Europa, gar nicht zu reden von der südslawischen Diktatur als solcher.

Gegen alle Verfolgungen der Minderheiten aufzutreten, das wäre eine Aufgabe der deutschen Politik.

(Lebhafte Zustimmung.) Der Zusammenschluß Europas ist politisch, kulturell und wirtschaftlich notwendig, das letztere wegen der schweren Konkurrenz Amerikas. Gleichberechtigung für alle, auch für diejenigen, die in einem Staat mit anderer Volksmehrheit leben müssen, ist die Vorbedingung.

Unsere Außenpolitik kann nur dahin gehen, die Verständigung, den friedlichen Ausgleich der Völker herbeizuführen. Das ist keine Parole, mit der man zunächst die Jugend begeistert, aber wir haben die Aufgabe, die Erkenntnis in die Köpfe zu bringen, daß nur die Friedenspolitik Europa vorwärts bringen kann. Manche nennen das Feigheit, aber

es gehört in Deutschland heute wahrhaftig mehr Mut dazu, den Frieden zu verteidigen, als gewaltsame Konflikte heraufzubeschwören,

wie es besonders jene tun, die für die Gewalt nicht zu haben sind, wenn an sie appelliert wird, und die im Weltkrieg den Feind so gehaßt haben, daß sie ihn nicht einmal sehen wollten. (Heiterkeit.) Die Friedenspolitik ist die einzige, die im Interesse Deutschlands und Europas liegt! (Lebh. anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. **v. Freytagh-Loringhoven** (Dnat.): Unser auswärtiger Etat ist um 75 Proz. höher, als der französische (Hört, hört!), hauptsächlich infolge des zu starken Personals. Militärattachés sollten wieder ernannt werden. Es ist unverständlich, daß in den deutsch-russischen Verhandlungen die gegenseitige Nichteinmischung vereinbart wurde. England hat, obgleich es auch über das Unterbleiben russischer Propaganda verhandelt hat, sich niemals mit Rußland auf eine Stufe stellen lassen. Hat Deutschland etwa Propaganda für die Weimarer Verfassung in Rußland getrieben? (Heiterkeit.) Der Redner verurteilt die „Schlappheit" Deutschlands bei dem deutsch-polnischen Grenzzwischenfall. Fördert es das Vertrauen zur französischen Friedensbereitschaft, wenn wir uns gefallen lassen müssen, daß die abziehenden französischen Offiziere ihre Degen in den Rhein tauchen, und wenn der internationale Bahnschutz des Saargebiets im französischen Heeresetat als reguläre Truppe erscheint?

Abg. **Ulitzka** (Z.): Wir begrüßen das Europamemorandum Briands wie alle Bestrebungen, die Völker vor dem gegenseitigen Bekämpfen zu schützen. Die ständige Betonung des Sicherheitsmomentes durch Briand erregt allerdings unser Mißtrauen.

Mit so chauvinistischen Völkern, wie sie in Europa noch existieren, und ohne die Abschaffung des Versailler Vertrages ist Paneuropa nicht zu verwirklichen.

Die Ostgrenze Deutschlands ist unhaltbar; das braucht nicht durch Grenzzwischenfälle bewiesen zu werden. Auch die Besserung der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen ist eine Vorbedingung für Paneuropa. Wir begrüßen den deutsch-polnischen Handelsvertrag. Wir fordern die Rückkehr des Saargebiets in den deutschen Zollverband. Wir haben eine Zolleinheit des Saargebietes mit Frankreich nach seiner Rückkehr zu Deutschland nie diskutiert.

Abg. D. **Mumm** (Christl.-nat. Arbeitsgemeinschaft) spricht von den Leiden und Nöten der Christen in Rußland (Erregte Zwischenrufe der Kommunisten) und gegen den unchristlichen Mammonismus der Gegner Deutschlands, die uns unerträgliche Lasten auferlegen.

Um 18 Uhr vertagt sich der Reichstag auf heute, 11 Uhr: Notetat; Fortsetzung der außenpolitischen Debatte; Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 26. 6. Staats-Oper Unter d. Linden. Teil-Ab. C No. 11 Jahres-Ab.-V. No. 142. 19½ Uhr **Othello** Ende 22 ¾ Uhr

Donnerst., 26. 6. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus IV 20 Uhr **Rigoletto** Ende g. 22¾ Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik R.-S. 58 20 Uhr **Die verkaufte Braut** Ende n. 22½ Uhr

Staatl. Schausp. am Gendarmenmarkt Jahres-Ab.-V. No. 151 20 Uhr **Wird Hill amnestiert?** Ende 22¼ Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charltbg. 20 Uhr **Der Traum ein Leben** Ende 22 Uhr

Winter Garten 8.15 Uhr Zentr. 2819 Rauchen erlaubt

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 8¼ Uhr **Julius Caesar** Regie: Karl Heinz Martin

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Der Traum ein Leben**

Direktion Dr. Robert Klein Deutsches Künstler-Theat. Barbarossa 3937 Täglich 8½ Uhr **„Ich tanze um die Welt mit dir"** von Marcellus Schiffer Musik: Friedrich Hollaender Regie: Hans Brahm

Theater d. Westens Täglich 8½ Uhr: **Der Bettelstudent**

Theat. a. Kottb. Tor Kottbuser Str. 6 Gr. Revue **„Heideröslein"** mit Herta Loewe der deutschen Nachtigall

Deutsches Theater D 2 Weidendamm 5281 8 Uhr **Phaea** von Fritz v. Unruh. Reg.: Max Reinhardt Musik: Friedrich Hollaender. Bühnenbilder Ernst Schütte.

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7516 8½ Uhr **Wie werde ich reich und glücklich?** Ein Kursus in 11 Abteilungen von Felix Joachimson. Musik von Mischa Spoliansky. Regie: Erich Engel Bühnenbilder Ludwig Kainer

Kammerspiele D 2 Weidendamm 5281 Täglich 9 Uhr Gastspiel der Spielgemeinschaft Berliner Schauspieler **Krach um Leutnant Blumenthal** von Alfred Herzog. Sommerpreise

Dir. Dr. Martin Zickel Komische Oper Friedrichstr. 104. Merkur 1401/4330. Täglich 8½ Uhr **Liebe und Trompetenblasen** Schulz / Westermeier / Finkler Jahrbach / Held / Behrisch

Berliner Prater Sommergartentheater Kastanienallee 7—9 Täglich Anfang 4 Uhr der große Varieté-Teil. Eine entzückende Burleske 8.15 U. Gusti Beer, Greti Lilien, Alex Haber, V. von Kobylanska in die **Rose von Stambul** Operette in 3 Akten von Leo Fall Großes Kaffeekochen **Heute Volkstag!** Auf allen numer. Plätzen 50 Pf. außer Logen.

Barnowsky-Bühnen Theater in der Stresemannstr. 8¼ Uhr **Napoleon greift ein** von Walter Hasenclever Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus 8¼ Uhr **Meine Schwester und ich** Musik v. Ralph Benatzky

Scala Tägl. 5 u. 8½ Uhr. B 5 Barb. 9250 Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf.-3 M.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 8½ U. A 4 Zentrum 926-927 8½ U. Direktion Ralph Arthur Roberts **Mein Vetter Eduard** Schwank in 3 Akten von Fred Robs

Radiumbad Landeck i. Schl. Hotelpension vollkommen umgebaut und modernisiert, 34 Zimmer, groß. Speisesaal, schöne Tagesräume, Glasveranda und Liegehalle, schöner schattiger Garten, Zimmer und Lokale, sowie Nebenräume, glänzend ausgestattet. — Zentralheizung, fließendes Kalt- und Warmwasser, Bäder, Fernsprecher in den Fremdenzimmern, als Erholungsheim an Krankenkasse oder Gewerkschaft langjährig zu verpachten. Anfragen unter T. 29 an die Expedition des Blattes erbeten.

Rose-Theater Große Frankfurter Str. 132 Billettkasse: Alex. 3422 u. 3484 Täglich 8.15 Uhr **„Arm wie eine Kirchenmaus"** mit Traute, Paul u. Willi Rose. Auf der Gartenbühne täglich das Riesenprogramm: 8.15 (Sonntags 5 Uhr) 9 Varieténummern und 8.15 Uhr: **„Lene, Lotte, Liese"** mit Dittars, Hofer, Karstens, Fyrment, Kanisch u. Hans Rose. Voranzeige: **Rosenfest im Rose-Garten** 6.—9. Juli. Vorverkauf ab morgen früh um 11 Uhr. Im Innentheater ab 30. Juni „Die andere Seite" mit Robert Müller, Paul und Willi Rose.

Haus Vaterland Das preiswerte Vergnügungs-Restaurant Berlins Betrieb Kempinski

Metropol-Th. Täglich 8½ Uhr **Mit Dir allein auf einer einsamen Insel** Michael Bohnen

Wo speist man gut und billig? Nur Gross-Berlin Alexanderplatz

Reichshallen-Theater 8 Uhr **Stettiner Sänger** Das große Programm! Dönhoff-Brettl und Garten Varieté — Konzert — Tanz

Rennen zu Karlshorst Donnerstag, den 26. Juni 1930 nachmittags 3 Uhr **Germania.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband **Verwaltungsmitglieder!** Am Freitag, dem 27. Juni, abds. 7 Uhr, Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.

Für die Errichtung von **Ferien- und Erholungsheimen** wird das erforderliche Baugelände unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Magistrat der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld i. Oberharz.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben unvergeßlichen Mannes **Hermann Körber** sage ich allen lieben Verwandten und Bekannten, dem Kegelklub „Geselligkeit", den Angehörigen der Reichsdruckerei, dem Deutschen Werkmeisterverband und der SPD. auf diesem Wege herzlichen Dank. Im Namen der Hinterbliebenen **Amalie Körber** geb. **Wolter** Berlin-Mariendorf, den 26. Juni 1930.

Probieren Sie gratis!

Allerbester deutscher Obstdessertwein . Liter von 0.75 an
Extra prima Pfälzer Weine . . . ½ Fl. 0.80
Feinster Niersteiner u. Liebfraumilch . . . ½ Fl. 1.35
Echter roter Süßwein „Malvasier" . . . Liter 1.10
Echter roter spanischer Dessertwein, süß . . . Liter 1.20
Echter roter Burgunder . . . ½ Fl. 1.25
Echter süßer Ungarwein . . . ½ Fl. 1.75
Echter süßer, weißer Bordeaux . . . ½ Fl. 1.20
Entre deux Mers, weißer Bordeaux . . . ½ Fl. 1.75
Echter deutscher Wermuthwein . . . ½ Fl. 1.50
Echter Pepsinwein, für Kranke . . . ½ Lit. 1.30
Himbeer-, Kirsch-, Zitronen-Saft . . . Liter 1.65
Echte Edel-Liköre . . . ½ Fl. 2.95
Nordhäuser Branntwein . . . Liter 3.30
Achtung! 1 Liter enthält ⅓ mehr als eine ½ Flasche.
Garantiert echte, unverschnittene selbst importierte süße Südweine zu allerbilligsten Tagespreisen

Größtes Spezial-Geschäft seiner Art in ganz Deutschland. Billigste Bezugsquelle für Gastwirte usw.

Weinbrände / Verschnitte / Aquavit / Rum. Eigenfabrikate, feinste Qualitäten, spottbillig. Kostproben gratis, damit sich jeder von der Erstklassigkeit meiner Fabrikate überzeugen kann. Preise ohne Glas!

Brunnenstr. 42, Müllerstr. 144, Chausseestr. 7, Koppenstr. 87, Wollankstr. 98, Wismarplatz (Ecke Boxhagener), Prenzlauer Allee 50, Petersburger Str. 60, Grünauer Str. 15, Köpenicker Str. 121, Martin-Luther-Str. 86, Wilmersdorfer Str. 157, Neukölln: Berliner Str. 12, Hermannstr. 27, Schöneberg: Kolonnenstr. 9, Steglitz: Schloßstr. 121, Moabit: Wilsnacker Str. 25, Spandau: Potsdamer Str., Weißensee: Berliner Allee 247, Tempelh.: Berliner Str. 15, Oberschöneweide: Wilhelminenhofstr. 40, Frankfurt/Oder: Richtstraße 72

EDUARD SÜSSKIND

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin **Nachruf** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Anschläger **Robert Harms** geb. 14. September 1874, am 13. Juni gestorben ist. Am 20. Juni starb unser Kollege, der Klempner **Robert Schönling** geb. 29. September 1874. Die Beisetzungen haben bereits stattgefunden. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Einheitsverband d. Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Der Kollegenschaft zur Kenntnis, daß der Pensionär **August Neue** im Alter von 76 Jahren am 23. Juni verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am 27. Juni, um 16 Uhr, auf dem Friedhof Alt-Friedrichsfelde statt. Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Für die Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem Verband der Steinarbeiter und dem Herrn Redner des Verbandes der Freidenker meinen innigsten Dank. Marie Herzog.

Der Blutracheprozess in Kassel.

Das Drama des Vaterrächers.

Kassel, 25. Juni.

Hier begann der mit Spannung erwartete Blutracheprozeß gegen den ehemaligen Schutzpolizeibeamten Wilhelm Wille aus Frankfurt am Main, der am 9. Januar 1930 den 58jährigen Weißbindermeister Johannes Claus in Niedermöllrich niederschoß. Bekanntlich hatte der Sohn des Claus den Vater des Angeklagten bei einem Zusammenstoß erschossen.

Der Angeklagte schildert zunächst seine Erziehung und seine Tätigkeit auf einem Elektrizitätswerk. Seit seiner Kindheit habe er mit Liebe und Verehrung an seinem Vater gehangen. Wille kommt dann auf die Vorgänge des 5. September 1927 zu sprechen, wo der wahnsinnig gewordene frühere Schutzpolizeibeamte Heinrich Claus, der sich im Hause seiner Eltern in Niedermöllrich verschanzt hatte, den Landjäger Wille, den Vater des Angeklagten, erschoß. Als er seinen Vater neben sich sterbend habe zusammenbrechen sehen, sei dem Angeklagten der Gedanke gekommen, er müsse sich an der Familie des Mörders rächen. Noch wochenlang nach der Tat habe er keinen Schlaf finden können. Damals schon habe er dem alten Claus vorgeworfen, daß er an der Katastrophe schuld sei, da er um die Brutalität seines Sohnes gewußt und es unterlassen habe, Anzeige zu erstatten, daß dieser Munition und Revolver im Hause aufbewahre. Willes Mutter sei wegen der Vorfälle schwermütig geworden. Wille trat im April 1929 bei der Frankfurter Schutzpolizei ein, wo er seinen Dienst zur Zufriedenheit ausführte. Der Zeuge Polizeihauptmann Steinhausen erklärt, an einem Krawallabend in Frankfurt habe er bei Wille außerordentliche Erregung bemerkt, so daß es größter Mühe bedurft habe, ihn vor einer Ausschreitung zurückzuhalten. Der Zeuge habe damals bereits den Eindruck gehabt, daß Wille seelisch außerordentlich unter der Ermordung seines Vaters litte und daß er in den Unruhestiftern Menschen erblicke, an denen er sich rächen müsse.

Wille schildert dann seine heimliche Abreise von Frankfurt und seinen Fußmarsch nach Niedermöllrich, von dem festen Vorsatz beseelt, die ganze Familie Claus niederzuschießen. Er habe zuerst den jüngsten Sohn der Familie getroffen, diesen aber aus Mitleid nicht getötet. Als der alte Claus über die Schwelle getreten sei, habe er zwei Schüsse auf ihn abgegeben. Nach der Tat hat sich Wille der Polizei gestellt. Mit der Ausführung des Mordes sei eine erlösende Ruhe über ihn gekommen.

In der Verhandlung bezeichneten alle Zeugen übereinstimmend den Angeklagten als einen sonst ruhigen Menschen, der mit großer Liebe an seinem Vater hing. Der psychiatrische Sachverständige schilderte den Angeklagten als einen für die Tat durchaus verantwortlichen Menschen, bei dem jedoch zu berücksichtigen sei, daß er an starker Ueberwertigkeit leide, so daß ihn der Gedanke, den Vater auf alle Fälle rächen zu müssen, nicht mehr verlassen habe. Der Staatsanwalt ging auf diesen Punkt des Sachverständigengutachtens ein und ließ die Anklage wegen Mordes fallen. Er beantragte wegen Totschlags unter Billigung mildernder Umstände, die aus dem tragischen Tod des Vaters erklärt wurden, vier Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis.

Auch ein Schatzmeister.

Die Riesenunterschleife beim Deutschen Sängerbund.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg verantwortete sich gestern der Schatzmeister des Deutschen Sängerbundes, Redlin. Er soll im Laufe von fünf Jahren, von 1924 bis 1929, nicht mehr und nicht weniger als 916 000 M. Bundesgelder unterschlagen und veruntreut haben.

Redlin ist der Sohn eines Stettiner Kaufmanns; er studierte am orientalischen Seminar Sprachen, speziell arabisch. Sein Vater war dagegen, daß er Dolmetscher wurde. So wurde er Parlamentsstenograph im Preußischen Landtag, machte seinen Gerichtsassessor, erhielt eine Anstellung bei Siemens und war, wie er behauptet, die rechte Hand des Direktors. 1920 schied er mit einer Abfindungssumme von 30 000 M. aus dem Unternehmen aus. Schon früher hatte er großes Interesse für den Deutschen Sängerbund und wurde schließlich dessen Schatzmeister.

Für das Fest des Deutschen Sängerbundes in Wien, das der Anschlußidee zwischen Deutschland und Oesterreich dienen sollte, hatte der Reichstag einen Zuschuß von 100 000 M. gestiftet. Im Mai vorigen Jahres fand gelegentlich der Hauptausschußsitzung in Heidelberg eine Prüfung der Kassenlage statt. Der Verbleib der vom Reichstag zugeschossenen 100 000 M. konnte nicht festgestellt werden.

Redlin mußte eingestehen, diese riesige Summe für sich verwendet zu haben.

Die Bücher wurden nachgeprüft und es ergab sich folgendes:

Nach der Stabilisierung der Mark wurden zwei Konten angelegt, das sogenannte Liederkonto und das Konto für reine Verwaltungsangelegenheiten. Redlin hob vom ersten Konto verschiedentlich Summen ab und richtete Sonderkonten ein. Er behauptet, dies getan zu haben, weil der Deutsche Sängerbund nicht als Kontoinhaber in irgendeiner Bank auftreten sollte. Von diesem Liederkonto fehlten 300 000 M., von dem Konto für reine Verwaltungsangelegenheiten 416 000 M. So hatte Redlin z. B. von dem Ueberschuß, den das Sängerfest in Hannover ergeben hatte, etwa 14 000 M. als Beitrag zur Errichtung eines Denkmals für die gefallenen Mitglieder des Sängerbundes abgeliefert und 20 000 M. für sich verausgabt. Auch bei der Sächsischen Staatsbank entnommene Darlehen in Höhe von 60 000 Mark hatte er veruntreut, ebenso ein Darlehen, das er bei der Darmstädter und Nationalbank in Hannover erhalten hat.

Wo war aber das viele Geld geblieben? Das Rätsel war leicht gelöst. Redlin war nämlich ein leidenschaftlicher Sammler. Er hatte eine Markensammlung von 30 Bänden angelegt; ihren Wert schätzt er auf 300 000 M.; ferner Porzellansammlungen im Werte von 15 000 bis 30 000 M. Schließlich hatte er mehr als 200 000 M. in ein Farbenfilmunternehmen hineingesteckt, und die Einnahmen, die er aus dem Unternehmen bekam, gleichfalls für sich verwendet. Vor Gericht erklärte er, er habe die Markensammlungen als Kapitalanlage für den Sängerbund angelegt, es sei eine sicherere Anlage als Wertpapiere. Der Vorsitzende, gleichfalls Markensammler, ist darüber anderer Ansicht. Er stellt übrigens fest, daß der Angeklagte von dieser Anlage der Bundesgelder niemandem von den Vorstandsmitgliedern Mitteilung gemacht habe.

Herr Redlin besaß aber auch außerordentliche kaufmännische Interessen. So hatte es ihm ganz besonders der farbige Film angetan. Er steckte in die Versuche eines bekannten polnischen Erfinders über 200 000 Mark Vereinsgelder, wurde Inhaber von etwa einem Dutzend Patenten, die in verschiedenen Ländern Absatz fanden, erhielt auch einen Verdienst von 170 000 Mark, dachte aber gar nicht daran, das Geld an die Kasse des Sängerbundes abzuführen. Wie es mit der Buchführung und der Kontrolle im Sängerbund aussah, erfuhr man von dem Geschäftsführer. Herr Redlin ließ diesen an die wirtschaftliche Leitung des Bundes überhaupt nicht heran. Gewisse Dinge, wie zum Beispiel Verhandlungen wegen Spenden und dergleichen mehr, betrachtete Herr Redlin als seine Angelegenheit.

Der unterbrochene Ozeanflug.

Kingsford Smith will heute seinen Flug fortsetzen.

New York, 25. Juni.

Die Transozeanflieger werden nach Versorgung des Flugzeugs „Southern Cross" mit Betriebsstoff ihren Flug nach New York morgen bei Tagesanbruch fortsetzen. Das Flugzeug hatte auf dem ganzen Fluge ideales Wetter, bis es sich Neufundland näherte. Es hatte bei der Landung nur noch für vier Flugstunden Betriebsstoff. Kingsford Smith erklärte nach der Landung, wenn er nicht einen so vorzüglichen Funkapparat gehabt hätte, wäre er wohl niemals aus dem Nebelmeer herausgekommen.

•

Die zweite geglückte Ueberwindung des Ozeans durch ein Flugzeug in der Ostwestrichtung endete wie die erste in der Gegend von Neufundland. Die „Bremen" mit Koehl, Hünefeld und Fitzmaurice an Bord landete am 13. April 1928 auf Greenly Island in der Belle-Isle-Straße, die Neufundlands Nordwestküste vom amrikanischen Festland, dem unwirtlichen Labrador, trennt. Das „Kreuz des Südens" mit Kingsford-Smith, van Dyke, Saul und Stannage mußte bei Harbour Grace an der Ostküste Neufundlands niedergehen. Hünefelds erstes Telegramm an den Norddeutschen Lloyd berichtete: „Zwischenlandung notwendig geworden durch Brennstoffmangel." Die gleiche Ursache für die vorzeitige Landung wird in den Nachrichten, die über Kingsford-Smith vorliegen, angegeben. Es scheint also fast so, als ob gegenwärtig die Bewältigung der Strecke Europa—Neufundland die Höchstleistung in Anrechnung der erfaßbaren Brennstoffmengen darstellt. Koehl hat zwar Labrador angeflogen, mußte aber nach Neufundland zurück, da in dem riesigen unbewohnten Gebiet keine Landungsmöglichkeit besteht.

Allgemeine Flugblattverbreitung

am Sonnabend, dem 28., und Sonntag, dem 29. Juni

Die gegenwärtige politische Lage verpflichtet die Genossen, sich restlos an der Flugblattverteilung zu beteiligen. Es darf kein Flugblatt in den Ausgabestellen liegen bleiben!

Der Bezirksvorstand.

Das todbringende Gas.

Mutter und Kind das Opfer eines Unglücksfalles.

Gestern abend wurden in der Küche ihrer Wohnung im Hause Schloßstr. 22 in Tegel die 30jährige Frau Katharina Wyrwol und ihr fünf Jahre altes Kind durch Gas vergiftet tot aufgefunden.

Wie die polizeilichen Ermittlungen bisher ergeben haben, liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. Frau W. weilte abends mit ihrem Kinde allein in der Wohnung und hatte noch in der Wirtschaft zu tun. Wie nun angenommen wird, hat Frau W. beim Oeffnen des Hahnes am Gaskocher, bevor sie das Gas entzünden konnte, plötzlich einen Ohnmachtsanfall erlitten. Die ausströmenden Gase, die in wenigen Minuten den ganzen Raum erfüllten, müssen dann in kurzer Zeit den Tod der Frau und des Kindes, das in einem Wagen in der Küche schlief, herbeigeführt haben. Als der heimkehrende Mann das furchtbare Unglück entdeckte, war es bereits zu spät. Die Feuerwehr und ein Arzt bemühten sich längere Zeit vergeblich um die Leblosen.

SINCLAIR LEWIS

6]

DER ERWERB

ROMAN

Uebersetzt von Cl. Meitner. — Meyer & Jessen, Vertrieb, München.

3.

Später, als die Straßen in die ihnen natürliche Ordnung gekommen waren, konnte Una nie das Varieté finden, in das die Sessions sie an diesem ersten Abend geführt hatten. Die gold- und elfenbeinfarbenen Wände des Foyers schienen unermeßlich hoch zu einer Decke emporzustreben, die in prächtigen Fresken erstrahlte, mit Liebespärchen in Blau und schaumigem Weiß, reichen Treppen, heißen Küssen und geblähten Draperien. Man stieg nun eine ungeheure, geschwungene Marmortreppe hinauf, auf der Unas Abendschuhe angenehm klapperten. Man kam an Nischen mit schweren, pflaumenfarbenen Plüschvorhängen vorbei, die den Rahmen für Gipsfiguren verschmitzt blinzelnder Faune abgaben, und trat auf einen Balkon hinaus, der sich weit erstreckte wie das Meer im Dämmerlicht, und wo man Tausende von Menschen im Parkett sah, über sich eine riesige goldene Kuppel, von leuchtenden, diamantbehangenen Kugeln erhellt, und vor sich einen turmhoch gewölbten Prosceniumsbogen, auf dem, in Basrelief, schlanke nackte Göttinnen mit einer müden Grazie dahingaukelten, die Una gefangennahm und die braune, nackte, lachende Nymphe — die in jeder noch so steifen Una in Halbtrauer verborgen steckt — in Freiheit setzte.

Etwas so Lustiges wie dieses Programm hatte man noch nie gesehen. Die Spaßmacher mit ihren feierlich-komischen Balgereien, ihren grotesken Kleidern und ihren einander jagenden Scherzen brachten Una so zum Lachen, daß sie wünschte, sie würden aufhören. Die Sänger hatten schöne Stimmen; die Tänzer waren anmutig wie Wolken, mit einem Anflug von Zügellosigkeit, und der Sketch war so spannend, daß es Una kalt über den Rücken lief, als der Gatte seine Frau beschuldigte — ach so unsinnigerweise, wie Una sich empört sagte.

Die Aufführung war ein wahres Wunderwerk, unberührt von menschlicher Ungeschicklichkeit, erlesen und so zauberhaft wie ein stiller Nachmittag in Eichenwäldern an einem See.

Dann gingen sie in ein herrliches Kaffeehaus, und Herr Sessions verblüffte alle durch seine weltmännische Art, mit der er Kellner und Oberkellner umherhetzte, Hummer und Kaffee bestellte und tat, als wollte er über die Schnur hauen und Wein und Zigaretten verlangen.

Viele Monate später, als Una allein ins Varieté ging, versuchte sie dieses Märchenschloß ausfindig zu machen, aber es gelang ihr nie. Die Sessions erinnerten sich nicht, welches Theater es gewesen war; sie meinten, es wäre das Pitt gewesen, aber sie waren bestimmt im Irrtum, denn das Pitt war eine schmutzige Bude mit lächerlichen Nuditäten, weitschweifig und prätentiös, und mit unerhört dilettantischen Vorführungen. Und wenn Una späterhin ein oder das andere Mal abends mit den Sessions ausging, schien es ihr, als benähme Herr Sessions im Restaurant sich sehr provinzlerisch, wäre mit den Kellnern unangenehm vertraulich und zu unentschlossen im Bestellen der Speisen.

4.

Die Handelsschule Whiteside u. Schleusner, in der Una ihre kaufmännische Ausbildung genoß, umfaßte nur fünf schäbige Räume eines ehemaligen Wohnhauses im Westen, Achtzehnte Straße, mit trüben Fensterscheiben, immer staubigen Winkeln und speckigen, geschmacklos gemalten Wänden. Der Lehrkörper bestand aus sechs Personen: Herr Whiteside, eine betont würdevolle Erscheinung, der seine faltige Stirn zu glätten pflegte, als hätte er Kopfschmerzen; Herr Schleusner, klein und gewöhnlich, der früher etwas Besseres gewesen war und wirklich etwas von kaufmännischen Dingen verstand; ferner ein unansehnlicher Mann, der wie ein ausrangierter Buchhalter aussah, schweigsam, fleißig und ängstlich; ein mächtig großer Mann mit einem roten Gesicht, der seine Lippen ständig mit einer kleinen roten Zungenspitze leckte und Englisch unterrichtete — Handelsschulen-Englisch —, mit hochtrabender Stimme und affektierter Betonung, und immer nach Zigarren roch; ein behender, junger jüdischer New-Yorker mit wundervollem schwarzen Haar, zarten Zügen, schiefsitzendem Hut und eleganten Kleidern; er hatte irgend etwas im Realitätenhandel zu tun; schließlich eine magere Witwe, die so geschäftlich und sachlich war, daß sie unpersönlich wirkte wie ein Straßenbahnwagen. Jeder von ihnen wurde für fähig erachtet, einen der „Gegenstände" zu unterrichten, und sie brachten einem die Anfangsgründe von Stenographie, Maschineschreiben, Buchhaltung, Grammatik, Rechtschreibung und kaufmännischem Stil (mit besonderem Hinblick auf die Abfassung schwindelhafter Rundschreiben) und Handelsgeographie bei. Ein- oder zweimal wöchentlich kamen Lehrer einer Sprachschule aus der gleichen Straße herüber um die gebräuchlichsten Phrasen des Französischen, Deutschen und Spanischen einzupauken.

Es war ein rattender, in allen Fugen ächzender Omnibus von einer Schule, aber er führte Una hinaus in weite, schöne Stunden des Lernens. Die Schule bedeutete ihr noch mehr, als die Kunstakademie dem sehnsüchtigen Mädchen, das immer geglaubt hatte, sie habe Talent zum Malen. Denn das sehnsüchtige Mädchen hatte schon als Kind zeichnen und klecksen und in den Resultaten schwelgen dürfen, während es für Una das erstemal im Leben war, daß ihre Arbeit zu etwas nütze schien. Ihre Tätigkeit als Lehrerin war ein bloßes Zeitfüllsel gewesen. Jetzt war sie plötzlich das verantwortliche Haupt des Hauses und eine Seherin der Zukunft.

Die meisten Mädchen in der Schule lernten nur Stenographie und Maschineschreiben, aber Una auch englische Grammatik, Rechtschreibung und Korrespondenz. Nach dem Frühstück eilte sie von der kleinen möblierten Wohnung, die sie für sich und ihre Mutter gemietet hatte, in die Schule. Sie stürmte zu ihren Büchern, sie berauschte sich an der Freude ihrer langweiligen Lehrer, so oft sie auf eine Frage schnell eine Antwort hervorsprudelte oder eine Seite richtig getippt hatte, oder imstande gewesen war, sich das stenographische Siegel für ein schweres Wort, wie etwa „psychoanalysieren", zu merken.

Ihr Glaube an die Heiligkeit der Sache war ohne Grenzen.

(Fortsetzung folgt.)

Flaggen heraus!

Wie die Rheinlandbefreiung gefeiert wird.

Am 1. Juli wird das Rheinland von fremder Besatzung frei. In den befreiten Provinzen rüstet sich die Bevölkerung, um das ersehnte Ereignis zusammen mit den höchsten Vertretern der deutschen Republik zu feiern. Aber ganz Deutschland und vor allem auch der Freistaat Preußen und Berlin nehmen an der Freude des Rheinlandes herzlichen Anteil.

Wie wir erfahren, hat das preußische Staatsministerium beschlossen, am Befreiungstag des 1. Juli die staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen nach den Bestimmungen vom 29. Juni 1929 zu beflaggen.

Von verschiedenen Seiten sind darüber hinaus Anfragen an das preußische Staatsministerium gerichtet, ob nicht auch außerhalb des Gebietes der zweiten und dritten Besatzungszone, für die besondere Feiern vorgesehen sind, aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes öffentliche Feiern zu veranstalten seien. Hierzu wird auf Grund eines Runderlasses des Ministers des Innern mitgeteilt, daß nach Absicht der preußischen Staatsregierung — mit Rücksicht auf die in dieser Zeit notwendige Beschränkung in der Veranstaltung von Festlichkeiten — außerhalb der beiden Zonen im gesamten übrigen Staatsgebiet **Rheinlandbefreiungsfeiern gleichzeitig mit der Verfassungsfeier** veranstaltet werden sollen. Die Verfassungsfeiern werden daher unter voller Aufrechterhaltung ihres Charakters in diesem Jahre gleichzeitig als Rheinlandbefreiungsfeiern ausgestaltet. Ein Erlaß über die Veranstaltung der Verfassungsfeiern wird folgen.

Dieser Gedanke des preußischen Staatsministeriums ist ohne Zweifel zu begrüßen. Durch die Zusammenlegung von Verfassungs- und Befreiungsfeiern wird mit Deutlichkeit die Tatsache herausgehoben, daß gerade durch die Politik der Verfassungsparteien, daß durch die Republik das Rheinland fünf Jahre vor Ablauf der vertraglichen Fristen von fremder Besatzung befreit wurde.

Die Not der Blinden.

Groß-Berlin hat etwa 3500 Blinde, die entgegen der auskömmlicheren Versorgung der Kriegsblinden in diesen schweren Zeiten einem drohenden Schicksal gegenüber stehen. Sonst wären diese Blinden nicht vollzählig auf die Straßen marschiert, um zu protestieren, zu demonstrieren. Ein klägliches, erbarmungswürdiges Bild! Die Blinden fordern — so lautet eine dahingehende Entschließung — vom Reichstag und der Reichsregierung angesichts der ständig wachsenden Not die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Blindenrente. Diese Blindenrente soll eine Grundlage für ihre Existenzsicherung sein. Die private und öffentliche Fürsorge bieten in ihrer Unzulänglichkeit keinerlei Sicherheit, sondern machen den Blinden abhängig und unfrei. Die Versammlung, die später in Kliems Festsälen tagte, ist der Ansicht, daß bei dem Milliardenetat des Reiches eine Ausgabe von 15 bis 20 Millionen für die geforderte Blindenrente tragbar sein müsse. Von verschiedenen Rednern wurde die Herabsetzung der an sich schmalen städtischen Unterstützungssätze gebrandmarkt. Ein schikanöses Verhalten der Fürsorgeämter läßt viele Monate lang mit ihren Unterstützungsanträgen warten oder man möchte den erwerbslosen Blinden ihre einzige Stütze und den treuesten Freund, den Führhund nehmen, indem man die Zahlung des Futtergeldes für das Tier verweigert und den Blinden empfiehlt, den Führhund als Wachthund zu verkaufen.

Es wird Aufgabe der verantwortlichen Stellen sein müssen, den berechtigten Klagen nachzugehen. Die große Not unserer blinden Volksgenossen erfordert rasche und durchgreifende Hilfe!

Liebestragödie im Walde.

In der Nähe der kleinen Ortschaft Cablow, zwischen Wusterhausen und Zernsdorf, hat sich in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch eine blutige Liebestragödie abgespielt. Der 54jährige Zeitungsfilialleiter Emil Richter aus Lichtenberg feuerte auf seine Geliebte, eine etwa 30jährige Frau, mehrere Schüsse ab und tötete sich unmittelbar darauf durch einen Herzschuß.

Richter fuhr mit seiner Geliebten am Dienstag nachmittag nach Cablow, wo das Paar in einem Restaurant noch Abschiedsbriefe schrieb. Etwa 600 bis 700 Meter von der Ortschaft entfernt wurde am Mittwoch gegen 10 Uhr vormittags am Fuße des bewaldeten Berges die Frau mit mehreren Schußverletzungen von Ortsbewohnern aufgefunden. Sie konnte noch kurz angeben, daß Richter auf dem Berggipfel auf sie geschossen und sich selbst einen Schuß beigebracht habe. Von furchtbaren Schmerzen gepeinigt, habe sie sich noch ein Stück fortschleppen können, sei dann aber völlig entkräftet zusammengebrochen. Als die Leute den Berg absuchten, fanden sie Richter tot auf. Die schwerverletzte Frau wurde ins Wusterhausener Krankenhaus gebracht. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

*

Zu Anfang der Woche machten Wassersportler in der Havel bei Pichelswerder einen grausigen Fund. An einer seichten Stelle lag ein Frauenbein, an dem noch die Reste eines Strumpfes und eines Schuhes hingen. Es wurde zunächst vermutet, daß man durch den Fund auf die Spur eines neuen Kapitalverbrechens gestoßen sei. Anhaltspunkte für ein Verbrechen haben sich bisher jedoch nicht feststellen lassen. Die Suche nach der Leiche der Ertrunkenen, offenbar handelt es sich um eine Lebensmüde, ist bisher erfolglos geblieben.

Zwei Jahre Zuchthaus für Bauwächter Schulz.

Bauwächter Schulz, der in erster Instanz wegen der an seiner Tochter begangenen Blutschande zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden war, hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, so daß eine Berufungsstrafkammer sich am Mittwoch nochmals mit dem Fall beschäftigen mußte. Das Gericht ermäßigte die Zuchthausstrafe von drei auf zwei Jahre. Der fünfjährige Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bleibt bestehen. Das Verfahren gegen Schulz im Falle der Ermordung der 13jährigen Hilde Zepernick ist schon früher eingestellt worden.

Sturmvogel-Sommerfest. Der „Sturmvogel", Flugverband der Werktätigen e. V., veranstaltet am Sonnabend, dem 28. Juni 1930, in dem herrlichen, 10 000 Personen fassenden Garten des „Ulap", Berlin NW., Straße Alt-Moabit, am Lehrter Bahnhof, sein Sommerfest. Am Nachmittag finden Kinderbelustigungen aller Art statt. Die Abendveranstaltung beginnt um 7½ Uhr. Aus dem reichen Inhalt des Gebotenen ist u. a. zu erwähnen der Tanz im Freien, ein erstklassiges Varieté, die Riesentombola mit wertvollen Preisen, Rundflugverlosung, Tanz an der Leuchtfontäne, Feuerwerk und eine Reihe besonderer Ueberraschungen.

Um die Berliner Gesundheitspflege

Aerzte schädigen die städtische Fürsorge

Eines der Hauptkapitel im Berliner Etat ist der **Gesundheitspflege** aller Arten gewidmet. Gestern kam dieses Kapitel in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung. Dabei konnte Stadtv. Frau Dr. **Käthe Frankenthal** (Soz.) als Berichterstatterin des Haushaltsausschusses feststellen, daß **für die städtische Gesundheitspflege fast 8 Millionen Mark mehr** als im Vorjahre angesetzt sind. Dieses Mehr wird vor allem durch die Zunahme der Krankenbetten in den Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten verursacht; im Ausschuß ist das Kapitel noch um 340 000 Mark erhöht worden. Der Hauptteil der im Ausschuß angenommenen Anträge stammt von den Sozialdemokraten und den Demokraten. Die sozialdemokratische Fraktion wies auf den Mißstand hin, daß durch den **Boykott der Berliner Aerzteschaft gegen die städtische Fürsorge** diese sehr leidet. Der Magistrat wird um Auskunft ersucht, wie er die hygienische Fürsorge vor den Wirkungen des Boykotts schützen wolle. Nach einem anderen Antrag wird gefordert, für das gesamte Krankenhauspersonal zwei verschiedene Verpflegungsformen einzuführen, zwischen denen das Personal wählen solle. Die Teilnahme soll freistehen. Bei der Abteilung Leibesübungen nahm der Hauptausschuß einen sozialdemokratischen Antrag folgenden Inhalts an:

„Bei der Vergebung von städtischen Uebungsstätten (Spiel- und Sportplätzen, Schwimmhallen usw.) und Jugendheimen an Jugend- und Sportorganisationen sind die vom Staat als Jugendpflege treibende Vereine anerkannten Organisationen vordringlich zu berücksichtigen. Eine Kostentragung für Uebungsstätten usw. durch die Stadt sowie die Gewährung von Beihilfen kommt nur für anerkannte Organisationen in Frage."

Der Antrag sagt an sich Selbstverständliches und längst Durchgeführtes; er richtet sich gegen alle möglichen eigenbrötlerisch-selbständigen Vereine, die sich an Zentralsportorganisationen nicht angeschlossen haben. — In den Anträgen der Demokraten wird unter anderem die Anschaffung genügender Mengen von Radium zur Behandlung Krebskranker und die Einrichtung von mehr Spezialstationen in den Krankenhäusern gefordert. — In der **Aussprache** gestern im Plenum hielt ein kommunistischer Redner eine lange Rede, an deren Schluß er die Diktatur des Proletariats propagierte. Die Stadtv. Frau **Frohn** (Z.) forderte Ersparnisse bei der Sozialhygiene, sie trat ferner für vermehrte seelsorgerische Tätigkeit in den Krankenhäusern ein. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Frau Dr. **Frankenthal**. Sie ging auf den Aerzteboykott gegen die Fürsorge ein und forderte schärfstes Vorgehen gegen die Aerzteschaft, die den an sich erlaubten Boykott zu weit treibe und damit die Gesundheit der Bevölkerung gefährde. Die Rednerin verwies zu dem entsprechenden Antrag der Demokraten auf die durch Sozialdemokraten angeregte Denkschrift über die Erweiterung sozialärztlicher Stationen hin. Gegenüber gewissen Aeußerungen der Frau Frohn betonte Frau Frankenthal, daß die Sozialdemokraten in der Krankenpflegeschwester nicht mehr die Nonne, sondern den arbeitenden Menschen sähen. Die von den Deutschnationalen geforderte Erhöhung der **Pflegesätze in den Krankenhäusern** lehnen die Sozialdemokraten ab, weil sie zu einer Einschränkung der Pflegemittel führen könnte, vielleicht sogar führen müßte, da 50 Proz. der Betten von den Krankenkassen belegt sind. Die aber können ihre Beiträge nicht erhöhen, ohne die arbeitende Bevölkerung zu belasten. Wenn die Deutschnationalen auch davon ihre Zustimmung zum Etat abhängig machen wollen, so zeigten sie dadurch ihren Mangel an sozialem Verständnis. Den Vorstoß von Frau Frohn zugunsten der privaten Krankenanstalten lehnte Frau Frankenthal ab; es sei leider zu bemerken, daß der Stadtmedizinalrat sehr oft der Sachwalter dieser Pflegestätten sei. Aus den sehr langwierigen

Abstimmungen

zu den Kapiteln Wohlfahrt und Gesundheitspflege mögen einige interessante Einzelheiten hervorgehoben werden. Der deutschnationale Antrag, bei der Notstandsaktion 8,5 Millionen Mark zu streichen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Splittergruppen abgelehnt. Für einen nationalsozialistischen Antrag auf Streichung von 800 M. für die Liga für Menschenrechte stimmten neben den Nazis alle anderen Parteien bis auf Demokraten und Sozialdemokraten. Dann gabs einige heitere Momente. Bei der letzten, namentlichen Abstimmung, wollte der Fraktionsführer der Kommunisten, Pieck, eine falsche Karte abgeben; in humoristischer Weise wurde darauf aufmerksam gemacht, daß er die Führung an den „Stabstrompeter" Casper abgegeben hätte. Die kommunistische Fraktion zeigte denn auch sofort völlige Direktionslosigkeit, als über einen nationalsozialistischen Antrag auf Ablehnung der Unterstützung an den jüdischen Hilfsverein abgestimmt wurde: die Kommunisten stimmten teils dafür, teils dagegen, teils enthielten sie sich! Unterstützung fanden die Nazis nur bei einem Teil ihrer deutschnationalen Freunde. Große Heiterkeit rief auch ein Nazi-Antrag hervor, der **500 M. für einen — nationalsozialistischen Volkstanzkreis** forderte. Im übrigen wurden die Beschlüsse des Haushaltausschusses mit den obengenannten sozialdemokratischen, demokratischen und anderen Anträgen gutgeheißen.

Mit der Beratung der Etatkapitel

Städtische Werke

wurde die Sitzung fortgesetzt, d. h. es sollte weiter debattiert werden. Gegen ¼10 Uhr behagte es den Kommunisten nicht mehr bei der sachlichen Arbeit, sie beantragten die Vertagung. Für diesen Antrag stimmte niemand, denn die Antragsteller verließen den Saal. Gleichzeitig war aber die Beschlußunfähigkeit der Versammlung hergestellt und die Sitzung flog auf. Aber die Obstrukteure haben sich ins eigene Fleisch geschnitten; die einmal herbeigeführte Beschlußunfähigkeit macht alle anderen Sitzungen, die sich mit dem Etat beschäftigen, von vornherein beschlußfähig!

Während der

Ferien- und Reisezeit

kann der „Vorwärts" und der „Abend" auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts" bei einer Aufenthaltszeit bis zu einer Woche per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 10 Pf. Sonntags 15 Pf. (pro Woche 70 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts" auf dem billigeren Wege der Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementsbetrage nur die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Monat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabestelle oder die Hauptexpedition des „Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten

wird der „Vorwärts" durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist erforderlich.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher Dönhoff 292-297

Sonnenwendfeier in Struveshof.

Im prächtigen Park von Struveshof sitzt an langen Kaffeetafeln eine zahlreiche, fröhliche Gesellschaft; Gäste und Zöglinge in bunter Reihe erfreuen sich an den Klängen einer Tirolerkapelle, die ihre heimatlichen Weisen mit lustigen Schuhplattlertänzen illustriert. Dann folgt ein Rundgang durch die Anstalt, man sieht und hört, daß die moderne Erziehungsmethode der Menschlichkeit einen weiten Raum gibt, weil man einsehen gelernt hat, daß das gute Wort meist mehr fruchtet, als der Prügelstock. Nach dem Rundgang folgte eine Märchenaufführung von „Schneewittchen", Fußballkämpfe wurden gezeigt und schließlich, bei Einbruch der Dunkelheit am Hauptportal ein großer Scheiterhaufen errichtet, an dem Alfred Braun in schwunghaften Worten die Feuerrede hielt. Das Ganze ein wohlgelungenes, harmonisch abgestimmtes Bild, von dem man den Eindruck mit nach Hause nahm, daß hier junge Menschen mit Liebe und Verständnis geleitet werden.

Funkwinkel.

Was Dr. Kurt Pinthus in seinem Vortrag „Vom Lachen" sagt, ist mindestens geistreich formuliert. Ja, das Tier lacht nicht, sondern nur der Mensch! Psychologen aus den entgegengesetzten Schulen haben dieses Problem erörtert. Man darf nicht in einem Rundfunkvortrag eine entschiedene Stellungnahme erwarten. Es genügt, wenn das Für und Gegen gestreift wird und wenn der Redner diese Dinge gemeinverständlich beleuchtet, und dies gelingt wenigstens dem Referenten. Aber es ist notwendig, endlich einmal zu den Solistenkonzerten eine abschließende Kritik zu liefern. Gut, man soll Künstler nicht in ihrem Broterwerb stören, man darf jedoch von der Funkstunde verlangen, daß sie die Vortragenden mit den Wirkungsmöglichkeiten des Mikrophons vertraut macht. Es ist verständlich, daß ein Sänger beispielsweise die Arien oder Lieder singt, in denen er sich unwiderstehlich dünkt, oder die ihm besonders liegen. Der Bariton Filippe Romito singt nun aus Mussorgskys „Boris Godunow" eine Szene, die völlig auf das Rezitativ gestellt ist und die die Bühne zu ihrer Wirkung braucht. Fast jeder Takt erfordert die schauspielerische Ausdeutung. Dabei soll völlig von den gesanglichen Qualitäten Romitos abgesehen werden. Schließlich erwarten die Hörer aber eine Unterhaltung. Der Rundfunk, der sich sonst sehr kritisch benimmt, läßt es hier an Kritik fehlen. Auch in den Nachmittagsstunden braucht sie nicht vergessen zu werden. Zu Experimenten ist im verschwiegenen Kämmerlein Raum genug! Am Abend werden „Die Trojaner" von Berlioz aus der Lindenoper übertragen.

F. Sch.

Voruntersuchung gegen Lübecker Aerzte.

Lübeck, 25. Juni.

Der Oberstaatsanwalt beim Lübecker Landgericht hat auf Grund des vorliegenden Untersuchungsmaterials in der Calmette-Angelegenheit gegen die Professoren Deycke und Kloß, gegen Dr. Altstaedt, sowie gegen die Laboratoriumsschwester des Professors Deycke wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung die Voruntersuchung beantragt. Die Voruntersuchung ist vom Untersuchungsrichter eingeleitet worden.

Neue Tiere im Zoo.

Ein Transport vieler, darunter seltener Huftiere ist im Zoo eingetroffen. Darum weilen u. a. jetzt im Quarantänehaus eine Gabel- und eine Pferdeantilope. Die erstere ist ein Prärietier, das aus den Schutzgebieten Nordamerikas zu uns kommt, während ihre Kollegin in Westafrika ihre Heimat hat. Die Pferdeantilope ist ein großes, schönes Tier, das einen Widerrist wie ein Pferd, eigenartig geschweifte Ohren und so lange Augenwimpern hat, daß keine Modeschönheit — und wenn sie sich die Augenwimpern auch büschelweise anklebt — mit ihr konkurrieren kann. Als eine große Seltenheit muß unbedingt ein Moschustier gelten. Vor langer, langer Zeit hat der Zoo schon einmal ein solches Tier beherbergt, das damals dort stand, wo heute die Automobilläden sind. Der Neuankömmling, der tatsächlich den Moschusduft bei sich trägt, ist etwas müde und mager von langer Reise; dennoch guckt er recht neugierig aus wunderbar großen Augen und das Publikum wird bald seine Freude an ihm haben. Eine ganz besondere Ueberraschung soll dem Gnu bereitet werden, das die Berliner als Spielgefährtin eines Doppelnashorns heranwachsen sehen. Das Nashorn, das leicht etwas grob wird, und nach regelrechter, ungeschliffener Nashornmanier blindlings auf alles losrennt, ist längst nicht mehr die passende Gesellschaft für das Gnu, das zudem noch Sehnsucht nach einem Artgenossen bekam. Darum wurde ein Weißbartgnu angeschafft, das noch nichts davon weiß, daß es ausgerechnet hier im Zoo verheiratet werden soll. Etliche der neuangekommenen Tiere wurden gekauft, während andere für die eigene Nachzucht des Zoologischen Gartens eingetauscht wurden. Diese Tauschgeschäfte entwickelten sich besonders lebhaft mit Sowjetrußland, und so kommt es, daß ein Stachelschwein als Tauschobjekt die weite Reise von Turkestan nach hier antreten mußte.

Karl Vetter scheidet aus dem Messeamt aus. Nach der Meldung einer Korrespondenz scheidet Chefredakteur Karl Vetter, der seit Jahren die Presse- und Propagandastelle des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes der Stadt Berlin in vorbildlicher Weise geleitet hat, zum 1. Oktober aus seinem langjährigen Vertrag mit dem Messeamt auf Grund einer freundschaftlichen Uebereinkunft aus und wird sich dann einer Aufgabe in einem führenden Berliner Verlag widmen.

Romantischer Abend im Zoo. Das nächste Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters, das am Donnerstag, 26. d. M., unter Leitung von Dr. Helmuth Thierfelder im Zoologischen Garten stattfindet, ist als „Romantischer Abend" ausgestaltet und bringt u. a. Kompositionen von Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Liszt und Bizet.

Gegen üblen Mundgeruch, nach längerer Mundruhe und nach dem Rauchen benutze man zum Desodorieren und Aromatisieren des Mundes eine Spülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser. Flasche 1.— RM.

Gegen die Fischzölle.

Jubiläumstagung des Vereins deutscher Fischhändler.

Der Verein deutscher Fischhändler e. V. hielt in Berlin seine Hauptversammlung ab, die mit der Feier seines fünfzigjährigen Jubiläums verbunden war. Gleichzeitig fand am Sonnabend in Gemeinschaft mit dem Verein der Fischindustriellen Deutschlands, Altona (Elbe), der Fischhandelstag 1930 statt, auf dem der Erste Syndikus der Industrie- und Handelskammer Wesermünde, Dr. Jung, über „Seefische und Fischwaren im zwischenstaatlichen Warenverkehr" sprach.

In der ordentlichen Hauptversammlung beschäftigte man sich u. a. mit Verkehrsfragen; hier wurde von der Reichsbahnverwaltung die Herabsetzung der Tarife verlangt und darauf hingewiesen, daß die teuren Tarife eine Abwanderung von der Reichsbahn zum Kraftwagenverkehr zur Folge haben müßten. Ferner wurde eine Resolution eingebracht, die sich gegen Zölle auf Fische aussprach. Fast dreißig Vereine aus dem Reich unterstützten diese Entschließung. Sonntag abend fand dann in den Festsälen der Ressource die Festsitzung und Jubiläumsfeier statt, in der zahlreiche Vertreter aus der gesamten deutschen Fischwirtschaft und der der befreundeten Länder teilnahmen.

Nach einer Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden des Vereins deutscher Fischhändler, Meltzer, hielt Oberregierungsrat Dr. v. Meyer, der Generalsekretär des Vereins, den Festvortrag, in dem er betonte, daß die Fischwirtschaft ein wesentliches Glied in der Kette der deutschen Volkswirtschaft sei. Er bat das Ernährungs- und das Handelsministerium, bei dem neuen Lebensmittelgesetz Leute der Praxis heranzuziehen. An die städtische Markthallendirektion der Stadt Berlin richtete er die dringende Bitte, die unwürdigen Zustände auf dem Berliner Fischmarkt schnellstmöglichst zu beseitigen. Der Redner verwies dann auf die anläßlich des Jubiläums herausgegebene Denkschrift, die die historische Entwicklung der Fischerei in den letzten fünfzig Jahren bringe. Im Namen der Reichs- und Staatsregierung beglückwünschte Oberregierungsrat Dr. Eichelbaum den Verein. Die Anerkennung des Ministeriums für die Tätigkeit des Vereins brachte er durch Ueberreichung einer Bronce zum Ausdruck. Für die preußische Staatsregierung, das Landwirtschafts- und das Handelsministerium überreichte Ministerialrat Seydel ebenfalls ein Geschenk. Das preußische Landwirtschaftsministerium ließ den Vorsitzenden den Staatsehrenpreis in Silber für die Förderung des Fischhandels in Berlin überreichen. Es schlossen sich eine ganze Reihe von Gratulanten aus den Kreisen der deutschen Fischwirtschaft, ferner aus Schweden und Ungarn, die Hauptlandwirtschaftskammer, die Industrie- und Handelskammer Berlin und das Institut für Seeforschung (Bodensee) an.

Wetteraussichten für Berlin: Trocken und vielfach heiter, wieder wärmer. — **Für Deutschland:** Bei schwachen veränderlichen bis östlichen Winden, teils wolkig, teils heiter und wärmer, besonders im Westen Gewitterneigung.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Mittwoch, dem 25. Juni.

1. Rennen. 1. Diamant (Faust jr.), 2. Bristol, 3. Barrabas. Toto: 20:10. Platz: 12, 16, 11:10. Ferner liefen: Fabula, Eminenz, Brise, Karola, Alabama, Eitelkeit, Ordnung.

2. Rennen. 1. Bandit (P. Finn), 2. Enzian, 3. Silvaplana. Toto: 17:10. Platz: 12, 17, 22:10. Ferner liefen: Quebeck, Charlie M., Jenny Lind, Julian, Heliogabal, Almansor, Perlenkette, Rex.

3. Rennen. 1. Abteilung: 1. Puter (Th. Mills), 2. Strano, 3. Friedrichsd'or, 4. Peter Harvester. Toto: 15:10. Platz: 14, 56, 21, 79:10. Ferner liefen: Bastard (3. o. W.), Satan, Beala Ball, Drama, Alpspitze, Propeller, Weinbrand, Fram, Niederländer, Baron Gabler (als 3. disqu. 60 Proz. Platz zur.), Lindsott jr., Mary Holsten. — 2. Abteilung: 1. Nation (Herm. Schleusener), 2. Max Kuser, 3. Meistersänger, 4. Halma. Toto: 21:10. Platz: 13, 19, 22, 17:10. Ferner liefen: Goldin, Ossi Oswalda, Erster Seehofer, Modedame, Zierde, Fischotter, Lombardei, Theodora, Hella Timoko, Hallore, Esparsette (3. o. W.).

4. Rennen. 1. Natrium (Th. Mills) o. W., 2. Constantin Friesco, 3. Cicero. Toto: 62:10. Platz: 13, 12, 14:10. Ferner liefen: Hanco (4), Mitosch (o. W.), Alter Ego, Komödie, Flieder, von Eicken, Dynamit.

5. Rennen. 1. Tizian (Th. Mills), 2. Echtein, 3. Ingelinde. Toto: 14:10. Platz: 11, 15, 31:10. Ferner liefen: Don José, Planet, Monarch I, Kurfürst, Königsadler.

6. Rennen. 1. Edelmeister (Bel.), 2. Selamlik, 3. Padrel, 4. Illenburg. Toto: 29:10. Platz: 13, 13, 20, 23:10. Ferner liefen: Kroschel, Rudhaga Boy, Adresse, Heini Duffy, Nordpol, Theokrat, Hippologe, Biedermann, Drama.

7. Rennen. 1. Nery (E. Mills), ohne Wetten, 2. Quirin, 3. Geza. Toto: 24:10. Platz: 18, 16, 33:10. Ferner liefen: Ver alvera, Bronze, Esther Prinzessin, Hellebarde, Tamerlan, Bergfex, Banco Duffy.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Donnerstag, 26. Juni. Neukölln-Britz. 1. Kameradschaft. 19½ Uhr Platzkonzert des Musikkorps auf dem Wildenbruchplatz. Erscheinen aller Kameraden Pflicht. Rege Beteiligung anderer Kameradschaften erwünscht. **Ruderriege,** Abteilung Oberspree, 19 Uhr Uebungsabend im Bootshaus Köpenick, Wendenschloßstr. Beginn neuer Ruderkurse. Neuaufnahmen werden dort entgegengenommen. — **Freitag, 27. Juni. Tiergarten.** Jungbanner. 20½ Uhr Heimabend bei Bessel, Bremer Straße. **Wilmersdorf.** Jungbanner. 20 Uhr im Jugendheim Wilhelmsaue. **Köpenick** (Ortsverein). 19 Uhr Vorstandssitzung im Stadttheater. Kameradschaft. 20 Uhr Kameradschaftsversammlung im kleinen Saal des Stadttheaters. Neuwahl des Vorsitzenden. **Lichtenberg.** Kameradschaftsversammlung um 19½ Uhr: Kameradschaft Baghagen bei Stöber, Jung- Ecke Oberstraße. Kameradschaft Gustav Tempel bei Rodegast, „Zum Danziger Wappen", Normannenstraße 38. Kameradschaft Rummelsburg bei Braun, Türrschmidtstr. 40. **Ruderriege,** Abt. Tegel. 19 Uhr Uebungsabend im Bootshaus Tegel, Uferstr. 1. Beginn neuer Ruderkurse. Neuaufnahmen werden dort entgegengenommen. — **Sonnabend, 28. Juni. Schöneweide-Johannisthal.** Die fällige Mitgliederversammlung findet nicht statt. **Neuenhagen, Hoppegarten, Birkenstein.** 20½ Uhr im „Birkensteiner Krug" Monatsversammlung. Tagesordnung: „Unsere Veranstaltungen". Erscheinen Pflicht. **Friedrichshain.** 18 Uhr Autofahrt der 1. Marschkameradschaft nach Melzow. Kameraden anderer Kameradschaften können noch teilnehmen. Meldungen bis Freitag, 27. Juni, 19 Uhr, mit 4 M. Fahrgeld bei Kamerad Regenhagen, Weberstr. 49. — **Tempelhof.** Kameradschaft Lichtenrade. Donnerstag, 26. Juni, 20 Uhr, Festausschußsitzung zur Verfassungsfeier bei Schiebert. Freitag, 27. Juni, 20 Uhr, Kameradschaftssitzung bei Rohrmann. — Kameradschaft Mariendorf. Freitag, 27. Juni, 20 Uhr, Ma-Li, Sitzung mit Referat. Tempelhofer Kameraden sind eingeladen.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin.

Geschäftsstelle: N. 24, Gr. Hamburger Str. 26. Tel.: D 1 Norden 3340.

Die Veranstaltung des 5. Werbebezirkes am 26. Juni findet nicht im Lokal Sing, Schönerlinder Str. 5, sondern bei **Oskar Schulz,** Bahnhofstr. 34, statt.

Deutscher Fremdsprachler-Bund e. V. Jeden Donnerstag Spanischer Klub „La Mancha" um 20 Uhr im Café Wolter, am Knie, Bismarckstr. 114.

Vereinigung ehem. Kriegsgefangener, Gruppe Süden. Versammlung 26. Juni, 20½ Uhr, bei Krüger, Grimmstr. 1.

Männer- und gemischter Chor Friedenau-Steglitz. Freitag, 27. Juni, 20 Uhr, Stadtpark Steglitz. Frei-Luft-Konzert.

Der Wintergarten bringt im Juli die in ihrer Art völlig konkurrenzlose Nummer des „Dollarkönigs Cantini", der seine Geldstücke sozusagen eimerweise aus der Luft zaubert. Um ihn gruppieren sich eine Fülle interessanter Neuerscheinungen, von denen die temperamentvollen 3 Budapester Damen „Catia" das Entzücken des Publikums bilden werden. Allein vier erstklassige exzentrische Nummern werden sich gegenseitig an Komik überbieten. „Swenson u. Predow" und „Karinoff u. Partner" vertreten diesmal den Tanz in besonders geschmackvoller Weise.

Die Stettiner Sänger, die in ihrem Reichshallen-Theater dem Sommerwetter tapfer standhalten, erzielen durch ihr augenblicklich so reichhaltiges Programm immer noch gut besuchte Häuser. Im übrigen herrscht in den hohen, luftigen Räumen des Theaters trotz der Hitze eine kühle und angenehme Temperatur.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Sonnabend, den 28. Juni 1930, 23 Uhr:

Sonnenwende in den Gosener Bergen

Musik – Gesang – Sprechchor – Sonnenwendfeier

Ansprache des Genossen Franz Künstler, M. d. R.

Unkostenbeitrag 20 Pfennig.

Fahrverbindung: Stadtbahn bez. Vorortbahn bis Grünau von dort aus mit der Straßenbahn bis Schmöckwitz.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Achtung! Stadtverordnetenfraktion!

Heute, Donnerstag, 26. Juni, 16 (4) Uhr, wichtige Fraktionssitzung mit den Kreisleitern im Rathaus (Zimmer 109).

Herbstjugendweihen 1930.

Die Anmeldungen für die Herbstjugendweihen müssen sofort in den bereits bekanntgegebenen Anmeldestellen vorgenommen werden. Wir bitten die Anmeldestellen, die vorliegenden Anmeldungen umgehend dem Jugendweihe-Sekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, II. Hof, 2 Treppen links, einzureichen.

*

5. **Kreis Friedrichshain.** Das Sommerfest des 5. Kreises findet am Sonnabend, dem 5. Juli, im Saalbau Friedrichshain statt. Beginn 16 Uhr. Billetts sind noch bei den Bezirksführern zu haben. Es wird nochmals besonders darauf hingewiesen.

10. und 12. Kreis. Sonntag, 29. Juni, Waldtreffen in Dahlem-Grunewald, Kronprinzenallee, gegenüber Finkenstraße, Nähe Jugendspielplätze. Musik, Spiele, Turner, Sportler, Puppentheater, Fackelzug. SAJ. Sammelplatz um 14 Uhr Düppelplatz, Steglitz. Festzug mit Fahnen in den Wald.

17. **Kreis Lichtenberg.** Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, Vorstandssitzung im Rathaus Lichtenberg, Sitzungssaal.

Heute, Donnerstag, 26. Juni:

8. **Abt.** Die Bezirksführer rechnen bestimmt bis Sonnabend, 28. Juni, sämtliches Material beim Genossen Laeven ab.

137. **Abt.** Werbeversammlung der Jungsozialistengruppe Reinickendorf um 20 Uhr im „Alten Krug", Tegel. Vortrag: „Sozialdemokratie und die Staatsmacht". Referent: Genosse Maderholz, M. d. L. Aussprache. Ebenfalls um 20 Uhr Versammlung der freien Schulgemeinde in der Aula der 9. Volksschule, Auguste-Viktoria-Allee 37. Parteigenossen, die Interesse für die weltliche Schulbewegung haben, gehen in diese Versammlung.

140. **Abt. Wittenau.** 20 Uhr in Tegel, „Alter Krug", Hauptstraße, öffentliche Versammlung der Jungsozialisten. Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Staatsmacht". Referent: Genosse Maderholz, M. d. L. Wir fordern besonders unsere jüngeren Genossen zu zahlreichem Besuch auf. Die Abteilungsgeschäfte werden im Monat Juli durch den Genossen Hans Lorenzen, Wittenau, Oranienburger Str. 210, geführt. Anfragen usw. bitten wir dorthin zu richten. Achtung! Im Juli findet **keine** Abteilungsversammlung statt.

34. **Abt.** Die Bezirksführer laden ein zur Flugblattverbreitung am Sonnabend, dem 28. Juni, 18 Uhr. 4. und 7. Gruppe im Jugendheim Roßmannstraße 4, und die 5. Gruppe im Restaurant Müller, Franklinstr. 19.

Morgen, Freitag, 27. Juni:

45. **Abt.** Abrechnung der Bezirksführer. Kartothekkarten mitbringen.

101. Abt. Treptow. Mitgliederversammlung um 19½ Uhr im Lokal Rennbahn, Elsenstraße. Vortrag des Genossen Rudolf Wissell, Reichsminister a. D., über: „Die SPD. im Kampfe". Sonnabend und Sonntag von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Frauenveranstaltung.

139. **Abt. Tegel.** Heute, Donnerstag, 26. Juni, 19 Uhr, im „Alten Krug", Hauptstraße, Zusammenkunft der Funktionärinnen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

20. **Kreis Reinickendorf.** Die Genossinnen für die Besichtigung der Heilanstalt Buch treffen sich am 26. Juni, pünktlich 14¼ Uhr, vor dem Bahnhof. Abfahrt ab Stettiner Vorortbahnhof, Bernauer Strecke, um 14,53 Uhr. Nach der Besichtigung gemütliches Beisammensein.

Jungsozialisten.

Werbebezirk Norden. Heute, 20 Uhr, in Tegel, „Alter Krug", Hauptstr. 14, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Sozialdemokratie und die Staatsmacht". Aussprache. Referent: Genosse Maderholz, M. d. L.

Gruppe Mitte. Der Gruppenabend fällt aus, wir beteiligen uns an der Werbebezirksveranstaltung um 20 Uhr in Tegel, „Alter Krug", Hauptstraße. Thema: „Sozialdemokratie und Staatsmacht". Erscheint vollzählig und pünktlich.

Prenzlauer Berg. Um 20 Uhr weltliche Schule, Danziger Str. 63, Referat des Genossen Leo Holz: „Ausdehnung und Probleme der Arbeiterbanken". Gäste gern gesehen.

Gruppe Reinickendorf. Heute, 20 Uhr, öffentliche Werbeversammlung im „Alten Krug", Tegel, Hauptstraße. Vortrag: „Sozialdemokratie und die Staatsmacht". Aussprache. Referent: Genosse Maderholz, M. d. L.

Gruppe Friedrichshain. Heute, pünktlich 20 Uhr, im Jugendheim, Frankfurter Allee 307, Hof II, Längszimmer. Vortrag: „Der Ausgang der sächsischen Landtagswahlen". Referent: Genosse F. Seiffert.

Gruppe Lichtenberg. Wir beteiligen uns geschlossen an der Gesamtveranstaltung am 27. Juni im Gewerkschaftshaus und treffen uns am Saaleingang.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Wedding. Die Zeltlagerteilnehmer ohne die Jungfalken treffen sich am Sonnabend um 19 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen (Bullenwinkel) zur Beteiligung an der Sonnenwendfeier der SAJ. in den Gosener Bergen. Sonntag ist eine Besprechung der Zeltlagerfragen vorgesehen. Decke oder Zeltbahn, Trinkbecher und Badeanzug sind mitzubringen. Wir sind am Sonntagnachmittag zurück.

Hohenschönhausen. Heute sind wir alle von 17 bis 19 Uhr im Jugendheim Freienwalder Straße.

Mitte. Genossen, rechnet sofort die Sammellisten bei euren Gruppenleitern ab, damit dieser am Freitag auf der Zeltlagerausschußsitzung des Kreises alle Listen zur Verfügung stellen kann.

Kreis Kreuzberg. Die Elternbesprechung findet wegen Heimmangel heute abend nicht statt. Wir treffen uns am Montag, dem 30. Juni. Der Raum wird am Sonntag bekanntgegeben.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Bildungsausschuß und Werbebezirksbildungsobleute. Heute, 19½ Uhr, gemeinsame Sitzung im Vortragssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, II. Hof, 2 Treppen.

Sonnenwende am Sonnabend, dem 28. Juni, in den Gosener Bergen. Beginn pünktlich 23 Uhr. Die Gruppen sind bis 22 Uhr am Festplatz. Zelte mitbringen. Unkostenbeitrag 20 Pf. Musik, Sprechchor, Sonnenwendfeuer. Festrede: Genosse Franz Künstler, M. d. R. Gruppentreffpunkte sofort dem Sekretariat einreichen.

Heute, Donnerstag, 26. Juni, 19½ Uhr:

Arnswalder Platz II: Heim Rastenburger Str. 6. „Einführung in den Sozialismus", III. Teil. — **Falkplatz I:** Schule Gaudyer Str. 20. „Die indische Freiheitsbewegung". — **Schönhauser Vorstadt:** Schule Sonnenburger Straße 20. „Arbeitersport." — **Köpenicker Viertel:** Schule Wrangelstr. 138. Tagespolitik. — **Kottbusser Tor:** Heim Britzer Str. 27—30. „Freikörperkultur." — **Südwest:** Heim Lindenstr. 4. „Die Kirche als Machtfaktor der Reaktion." — **Schöneberg III:** Heim Hauptstr. 15. „Freikörperkultur." — **Westend:** Heim auf dem Sportplatz Westend. „Schund- und gute Literatur." — **Steglitz:** Heim Albrechtstr. 47. Funktionärsitzung. — **Zehlendorf-Dahlem:** Dahlem, Lansstraße 7—9. „Gandhi und die englische Arbeiterregierung." — **Tegel:** Beteiligung an der Werbeveranstaltung der Jungsozialisten, „Alter Krug", Hauptstraße. — **Buchholz:** Schule Berliner Str. 19. „Das Gefängniswesen."

SCH. Lichtenberg: Heim Scharnweberstr. 22. 19 Uhr Vortrag: „Wirtschaftsdemokratie".

Werbebezirk Schöneberg: Wanderleiterkonferenz im Heim Hauptstr. 15, Pommernzimmer. Besprechung der Balbur-Fahrt.

Werbebezirk Neukölln: Tambourkapelle. Ueben 20 Uhr im Heim Lahnstraße.

Werbebezirk Tempelhof: Sprechchorprobe zum Waldfest.

Werbebezirk Reinickendorf: Beteiligung an der Werbeveranstaltung der Jungsozialisten im „Alten Krug", Tegel, Bahnhofstraße. Beginn pünktlich 19½ Uhr. Alle Gruppenveranstaltungen fallen aus.

10 Tage zu 10 Stunden dauert diese traditionelle **SCHUHHOF**-Veranstaltung, die wiederum durch ihre unerhört günstigen Angebote das Tagesgespräch Berlins bilden wird. Der katastrophalen Wirtschaftslage Rechnung tragend, konzentrieren wir unsere ganze Leistungsfähigkeit darauf, neue unglaublich scheinende Höchstleistungen aufzustellen.

Sie können bares Geld sparen, wenn Sie auf den Beginn warten

SCHUHHOF

Linkstr 11, Wilmersdorferstr. 117
Turmstr. 45, Müllerstrasse 143a
Spandau, Breitestrasse 22

Verkäufe

Billige Teppiche mit kleinen Fehlern.
Ausnahmepreis ca. 2×3 16,— Mark.
Ausnahmepreis ca. 2×3 20,— Mark.
Ausnahmepreis ca. 2½×3½ 31,— Mark.
Ausnahmepreis ca. 2½×3½ 39,— Mark.
Ausnahmepreis ca. 3×4 48,— Mark.
Ausnahmepreis ca. 3×4 58,— Mark.
Ausnahmepreis ca. 3×4 69,— Mark.
Körner, Berlin, Potsdamerstraße 26a. Hausnummer beachten.

Tapeten. Schllat, Kolonistraße 9.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-Gehpelze, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Von Kavalieren wenig getragene, teils auf Seide, und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Abendanzüge, Frackanzüge, Ulster, Paletots, Bauchanzüge, jede Figur passend. Herren- und Damenpelze, enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Möbelkäufer merkt Kredit und bar Möbelbazar, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 485,—, Speisezimmer 517,—, Herrenzimmer 389,—, Spiegelschränke 118,—, Dielengarnitur 38,—, Anrichteküche 99,—, Messingbettstelle 66,—, Kleiderschränke 48,—, Chaiselongues 28,—, Metallbettstelle 18,—, Auflegematratze 13,—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten, Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Bill. Zins. Katalog franko. Hauptgeschäft: Steglitz, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 95,— Untergrundbahn; 4. Geschäft: Schöneberg, Hauptstraße 140, gegenüber Hauptpost; 5. Geschäft: Kottbusser Straße 21, gegenüber Eliteklause.

Zu Möbel Schmidt. Ihr erster Schritt. **Möbel Schmidt.** Katalog gratis. **Möbel Schmidt,** Bernauerstraße 86.

Meine Lieben! Augen auf! Ferien sind bald zu Ende!!! Sie kaufen heute ein Schlafzimmer, Eiche, nur 375,—, Schlafzimmer, Nußbaum, 585,—, Schlafzimmer, Birke, 695,—, Schlafzimmer, Mahagoni, 715,—, Speisezimmer, Nußbaum, 450,—, Speisezimmer, Eiche, 390,—, Küchen, weiß und lackiert, 65,—, Ankleideschrank 67,—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung 88,—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung und Spiegel 98,—. Sämtliche Möbel zu halben Preisen. Das versäume niemand. Möbel-Schreiner, jedes Zimmer ein Schlager. Nur Kastanienallee 45—46, im Fabrikgebäude.

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Anrichteküchen, Abwaschtische, Weißlackschränke, Flurmöbel. Riesenauswahl, Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Riesenauswahl! Wichtig für jedermann. Täglich werden verkauft: gutgehaltene Kleiderspinden, Vertikos 24,—, Bettstellen 12,—, Flurschränke, Waschtoiletten 14,—, Chaiselongues 24,—, Kommoden 15,—, Bücherspinden, Schreibtische 32,—, Büfetts 75,—, Trumeaus 29,—, Standuhren 68,—. Große Auswahl in Klubsesseln, Flügeln, Pianos, 300 Teppiche, Kücheneinrichtungen 48,—, Riesenauswahl, alles spottbillig. Speisezimmer, gutgehalten, komplett 225,—, Herrenzimmer, fast neu, komplett 229,—, Speisezimmer, wenig gebraucht, Drei-Meter-Büfett, komplett, 590,—, Schlafzimmer, fabrikneu, komplett 268,—, Wohnsalon, wenig benutzt, 195,—. Antike Möbel, darunter Biedermeier-, Barock- und andere Stilmöbel, sowie komplettes Biedermeierzimmer spottbillig. 100 Küchen, entzückende Modelle. Gebrauchte 48,—. Stargardts Möbel- und Lombardspeicher, Prenzlauerstraße sechs.

Musikinstrumente

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 23.

Gegen kleine Raten erhalten Sie gebrauchte sowie neue Pianos. Große Auswahl. Lagerbesuch lohnend. Stresemannstraße 14 und Brunnenstraße 191.

Fahrräder

Teilzahlung! monatlich 10,—. Diamanträder, Triumphräder, Brennaborräder, Ballontouren, Ballondamen-, Ballonrenner, Görickeräder, Wittlerräder, Semperräder, Multiplexräder, Trumpfassräder, Monopolräder, bildschöne Damenräder, allerstärkste Tourenräder, blitzschnelle Halbrenner, Rennmaschinen. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 29 (Haltestelle Adalbertstraße).

Unterricht

Berlitz School, Leipzigerstraße 110, Kurfürstendamm 26a. Fremde Sprachen. Zirkel: 12 Teilnehmer, monatlich 12 M., vierteljährlich 30 M., zahlbar in Raten. Eintritt jederzeit.

Erholungsaufenthalt

Erholungsaufenthalt bietet Gaststätte Berrenbusch, Ludwig Hofmann, Berkenbrück. Erste Station hinter Fürstenwalde (Spree). Großer Badestrand, herrliche Waldungen. Gute Verpflegung 4,50 Mark täglich. Fernsprecher 13.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Dreherlehrlinge stellt ein E. H. Jahn, Armaturenfabrik, Prinzenstr. 80

„Kulturbolschewismus“

Ein falsch verstandenes Schlagwort

Daß in einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise, in einer Zeit heftigster sozialer Gegensätze und politischer Erschütterungen die herrschenden Schichten sich in ihrer Existenzgrundlage bedroht fühlen, ist klar. Ebenso klar ist aber auch, daß sie in einer solchen Situation alles daran setzen müssen, die breiten Massen vom eigentlichen Kern des Uebels abzulenken. Gelingt es, große Teile sozial entrechteter Volksschichten in eine falsche Frontstellung hineinzumanövrieren, dann hat man — für den Augenblick wenigstens — sich eine gewisse Entlastung verschafft und kann zunächst einmal weiter wursteln. Als ein derartiges Ablenkungsmanöver ist die neuerdings immer häufiger und drohender erhobene Anklage gegen den angeblichen Kulturbolschewismus der sozialistischen Arbeiterbewegung zu betrachten. Hinter jenem Schlagwort vollzieht sich der Aufmarsch der gesamten Kulturreaktion einschließlich der sich zur Zeit so revolutionär gebärdenden Nationalsozialisten.

Spricht man heute von Kulturbolschewismus, so denkt man dabei wenig oder gar nicht an die bolschewistische Ideologie als solche, zumal ja gewisse Kreise bei uns ihre politischen Sympathien für das neue Rußland keineswegs verhehlen. Treffen will man vielmehr den westeuropäischen Sozialismus, d. h. den proletarischen Klassenkampfgedanken, der naturgemäß auch in jeder geistigen Sphäre mit der kapitalistischen Reaktion in Konflikt gerät. Bisher hat noch jede aufsteigende Klasse über ihr Verhältnis zu Kirche, Religion und Moral, zu Unterricht und Erziehung, zu Literatur und Kunst usw. anders gedacht als die jeweils herrschenden Gesellschaftsschichten. Erst recht mußte den um Befreiung von kapitalistischer Lohnarbeit kämpfenden Proletariern allmählich die Erkenntnis aufdämmern, daß eine solche soziale Befreiung aufs engste mit der Emanzipation von den Ideen der herrschenden Klassen zusammenhängt. Der reale Kern des in balkendicken Zeitungsüberschriften angeprangerten „Kulturbolschewismus“ besteht also in der Tatsache, daß die modernen Proletarier eine andere Kulturanschauung vertreten als das großkapitalistische Bürgertum, daß sie insbesondere im Gegensatz zur heutigen Klassengesellschaft eine auf Gemeinschaft begründete, allgemein gültige und darum höhere Kulturidee verwirklichen wollen.

Damit entsteht für uns die Frage: Ist das Bürgertum von heute, als Klasse gesehen, überhaupt noch Träger einer bestimmten Kultur? Das heißt: Besitzt es noch ein einheitliches System geistiger Werte, mit denen es sich innerlich verbunden fühlt, Werte also, die ihm Leitsterne sein können auf dem Wege geistig-sittlichen Handelns?

Das folgende soll nun keine moralische Anklage sein, sondern eine einfache Feststellung unzweifelhafter Tatsachen. Diese Tatsachen aber besagen, daß in der hochkapitalistischen Gegenwart Denkformen vorherrschend sind, die ganz vom Heute durchtränkt sind, und andere wieder, in denen sich die Traditionen einer großen Kulturvergangenheit spiegeln. Daß großkapitalistische Geschäftsmoral sich jenseits von Gut und Böse betätigt, ist eine platte Selbstverständlichkeit. Andererseits gehört es zum alltäglichen Erlebnis, daß bürgerliche Ideologen unserer Zeit Ideale verkünden, die in der Epoche eines Goethe, Kant, Beethoven oder — denkt man an Frankreich — im Bannkreis eines Rousseau, Voltaire oder Victor Hugo verwurzelt sind. Das ist offenbar ein Widerspruch und doch wiederum keiner. Der Enthusiasmus des Bürgertums für politische, soziale und kulturelle Ideale war einmal echt, solange die Front gegen die historischen Mächte der Vergangenheit gerichtet blieb. Er mußte aber in dem Grade abflauen, als die Klasse der besitzlosen Proletarier immer zahlreicher und stärker die politische Arena betrat. Im Stadium einer vorgeschrittenen kapitalistischen Entwicklung schlägt eben der soziale Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit noch in einen andersgearteten Gegensatz um, in den Gegensatz nämlich zwischen bürgerlich-idealistischem Denken und rein-kapitalistischem Handeln. Es tritt hier eben jenes Gesetz in Erscheinung, das allein der kapitalistischen Wirtschaftsform eigentümlich ist, das Gesetz, nach dem alles, was hier produziert wird, sich in Ware verwandelt. Das gilt natürlich auch für die Gesamtheit geistig-sittlicher Werte. Allmählich nimmt Alles und Jedes Warencharakter an, und am Ende der kapitalistischen Epoche merkt der Bürger kaum, daß sich seine „unsterblichen“ Kulturideale in blauen Dunst aufzulösen beginnen. Gewiß, auf seine großen Dichter und Denker läßt er nichts kommen. Er hat sogar zuweilen Zeit für sie übrig. Schließlich hat man manchmal das Verlangen, über den banalen Alltag hinaus „erhoben“ zu werden. Und ist es nicht schön, zu wissen, daß außerhalb der Welt des Geschäfts eine zwar unwirkliche, dafür aber um so reinere Atmosphäre existiert! Alles das ist möglich, aber nicht möglich ist, daß die Gedanken eines Goethe oder Kant, in die Praxis umgesetzt, sich mit dieser kapitalistischen Wirklichkeit vertragen. Niemals kann der Kapitalismus es dulden, daß die Gedankenwelt seiner geistigen Heroen heute zum Weltgesetz erhoben werde. Will die bürgerliche Gesellschaft weiter am Leben bleiben, so muß sie wohl oder übel ihre einstige Ideologie verleugnen, genau so wie sie im Bereich der Politik ihre eigene Schöpfung, die demokratische Staatsform, nachgerade zum alten Eisen wirft.

Und was ist das letzte Geheimnis ihrer Kultur? Ohne Uebertreibung darf man wohl behaupten, daß von jenen erhabenen Kulturidealen, die ehedem eine Welt in Spannung hielten, langsam aber sicher eins nach dem anderen in Nichts zerrinnt. Hier im Bürgertum also und nur hier ist jener Kulturbolschewismus zu Hause, den man der aufstrebenden Arbeiterklasse anzudichten versucht.

Verlohnt es überhaupt noch, angesichts einer in sichtbarer Auflösung begriffenen, von allen guten Geistern verlassenen Klassengesellschaft die einzige werdende Kulturmacht, den Sozialismus, zu verteidigen!

Artur Goldstein.

„Die Seherin“

Von Gaston Derys

Frau Spiesam hatte soeben einen Brief erhalten, der mit „Jemand, der es gut mit Ihnen meint“, unterzeichnet war. Die Handschrift war sorgfältig verstellt, und in dem Schreiben benachrichtigte man sie, daß die Treue ihres Gatten nicht gerade mustergültig war. Zuerst geriet sie in eine recht wohlverständliche Aufregung, aber dann bedachte sie, daß Herr Spiesam stets pünktlich nach Hause kam, 17 Minuten nachdem er das Amt verlassen hatte, und daß er ihr fast bis auf den letzten Heller sein Gehalt als Bürovorsteher im Statistischen Amt auf den Tisch legte.

Ein so pünktlicher und methodischer Mann hatte weder die Zeit, auf Abenteuer auszugehen, noch konnte er ihnen Geschmack abgewinnen. Dieses Sendschreiben konnte also nur das Werk einer mißgünstigen Neiderin oder eines gekündigten Mädchens sein. Sie zeigte es ihrer besten Freundin, Frau Brech, die zufälligerweise die Verfasserin war.

Kollege des Herrn Spiesam, war Brech nicht zum Bürovorsteher ernannt worden, wie seine Frau es erwartet hatte. Während Herr Spiesam ernst und zielbewußt vorwärts strebte, lebte der andere sorglos in den Tag hinein. Während der eine grundsätzlich nie ins Café ging, konnte man den anderen dort jeden Tag bis in die Nacht hinein antreffen.

Frau Brech gehörte zu denen, die das Glück der anderen wie eine persönliche Beleidigung empfinden. Warum besaß Frau Spiesam einen gesetzten Gatten, der obendrein Bürovorsteher war, während der ihre ein Schwätzer in untergeordneter Stellung war? Und warum konnte jene sich ein Mädchen leisten, während sie selber nur eine Aufwartefrau hatte? Um sie dafür zu strafen, hatte Frau Brech ihren vergifteten Pfeil in Gestalt eines Briefes abgeschossen.

„Man darf dieser Art Anzeigen nicht allzuviel Bedeutung beimessen“, meinte Frau Brech, nachdem sie das perfide Schreiben beschnuppert und herumgedreht hatte. „Indes können diese Behauptungen doch nicht ganz aus dem Aermel geschüttet sein ...“

„Wirklich? Sie glauben also, daß mein Mann ...“

„Ich glaube gar nichts, teure Freundin. Im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß Ihr Gatte außerstande ist, seine Pflichten zu vergessen. Aber vielleicht treibt da irgendein falsches Geschöpf sein Ränkespiel mit ihm. Seitdem man Stenotypistinnen im Amt angestellt hat, ist mein Schlaf getrübt.“

„Ich kann doch nicht gut hingehen und ihn im Amte überwachen.“

„Augenscheinlich. Aber da fällt mir gerade ein: ich kenne eine Seherin von nicht gewöhnlicher Begabung. Sie hat mehreren meiner Freundinnen wundersame Dinge enthüllt. Sie brauchten ihr nur eine Haarsträhne Ihres Mannes zuzuschicken. Sie würde sie sieben Stunden bei sich tragen und Ihnen dann unumwunden mitteilen, was er treibt.“

Von Angst und Neugierde gepeinigt, schnitt Frau Spiesam ihrem Gatten, während er schlief, eine Locke von seinen schwarzen Haaren ab. Sie übergab sie Frau Brech, und diese ersetzte sie durch eine Strähne kastanienbrauner Haare, die von ihrem eigenen Gatten herrührten und die sie dann von Eulalie, ihrer Aufwartefrau, der Frau von Chaldäa, Pythia ihres Zeichens, überbringen ließ.

Und die heimtückische Frau Brech rieb sich die Hände, als sie daran dachte, was für ein Gesicht Frau Spiesam ziehen würde, wenn ihr die Sybille im prophetischen Schlaf verkünden würde (wie sie es bei ihr selbst getan hatte), daß der Besitzer dieser Haare ein schlechtes Subjekt war, daß er nur allzu gern ins Weinglas guckte und ein liederliches Leben führte.

Als Frau Spiesam zitternd ins Allerheiligste trat, konnte Frau Brech nur schwer ein triumphierendes Lächeln verbergen. Aber gleich die ersten Worte der Frau von Chaldäa versetzten sie in maßloses Staunen.

„Derjenige, dem dies gehört“, sagte sie, eine sich kräuselnde Locke zwischen den Händen hin- und herdrehend, „ist ein Wunder von Treue. Es ist sogar selten, daß man bei dem Menschengeschlecht ein so treues Herz findet, und der Pudel allein kann als Sinnbild so unwandelbarer Standhaftigkeit gelten. Ja, der in Frage Stehende ist eine anhängliche, aufrichtige und gerade Natur. Er würde unter Lebensgefahr auf einen zehnmal stärkeren Feind losgehen, wenn dieser das Liebste, was er hat, bedrohte. Er raucht nicht, trinkt nur Wasser, besitzt jedoch einen erstaunlichen Appetit. So bereitet es ihm geradezu ein wollüstiges Vergnügen, einen Knochen abzunagen. Auf Zucker ist er ganz versessen. Für ein kleines Stückchen Kandis wäre er imstande, jedwede Tollheit zu begehen. In seinem Wesen stets gleich bleibend, ist er doch immer zu Scherzen aufgelegt und äußert seine Freude durch Schreie und Luftsprünge. Alles in allem kann man unbegrenztes Vertrauen zu ihm haben.“

Entzückt erkannte Frau Spiesam, daß viel Wahrheit in dieser Schilderung war. Ihr Mann trank nur Wasser mit einem Schuß Wein drin und rauchte nicht. Er liebte einen guten Tisch und knabberte gern an den Knochen, wobei er am Huhn das Gerippe und beim Hasen den Kopf vorzog. Aber obwohl ihm auch der Nachtisch schmeckte, hätte er doch für ein Stück Zucker keine Tollheiten begangen; höchstens nahm er eines zu seinem Kamillentee. Und es war selten, daß er Luftsprünge vollführte... Von diesen Einzelheiten abgesehen, war alles genau, und Frau von Chaldäa entpuppte sich wirklich als eine hervorragende Seherin.

Aber die beiden Frauen hätten die telepathische Begabung der Frau von Chaldäa noch viel mehr bewundert, hätten sie die Wahrheit gekannt.

Zerstreut, wie sie war, hatte Eulalie unterwegs die Haarsträhne verloren. Aber sie hatte sich zu helfen gewußt. Da sie gerade Babylas, den schwarzen Pudel ihrer Herrin, mit sich führte, hatte sie diesem kurzerhand ein Büschel Haare von der Stirn abgeschnitten, diese der Seherin überreicht und so das verblüffende Orakel der Sybille heraufbeschworen.

(Berechtigte Uebertragung von Dr. Ernst Lenz.)
(Genua (118) Via Monte Zovetto, 9—8.)

John Galsworthy: Ueberfahrt

(Schluß.)

's war an einem Tag gegen Ende Oktober; ich hab den Geldkasten im Fährboot ausgeleert und habe zu meiner Frau gesagt: „Jenny“, hab ich gesagt, „du wirst heut die Ueberfahrt besorgen, ich geh in die Stadt um einen Anzug. Du wirst darauf achtgeben, hab ich gesagt, daß keiner sich hinüberstiehlt, ohne dir seinen Sechspence zu zahlen.“

„Gut, Mac Creedy“, sagte sie. Dabei hab ich Brot und Fleisch in ein Papier gewickelt und mich von ihr hinüberfahren lassen. Also, ich bin die Straße hinaufgegangen, bis ich gedacht hab, sie müßt zurück sein; und dann hab ich mich umgedreht und bin leise wieder zum Wasser hinunter; aber sie war noch dort, hat noch immer dagesessen, wo ich sie verlassen hatte. Pfaff, das hat mich verdutzt; du weißt, was es heißt, wenn einem ein Plan über'n Haufen geworfen wird. „Jenny“, hab ich zu ihr gesagt, als wär ich nur deswegen zurückgekommen, „du wirst ordentlich aufs Geld achtgeben, hörst du?“

„Ja, Mac Creedy“, sagte sie. Und dabei wendet sie das Boot um. Na, bald darauf bin ich wieder hinunter zum Wasser und hab mich im Gebüsch am Ufer versteckt und bin den ganzen Tag dort geblieben, um zu lauern. Hast du je eine Kaninchenfalle belauert? Sie hat vier Leute übergesetzt, und jedesmal hab ich gesehen, wie sie ihr bezahlt haben. Aber spät am Nachmittag ist dieser Kerl gekommen — der Teufel selbst, der, auf den ich die ganze Zeit schon gelauert hatte — und hat laut gerufen: Ueberfahrt! Meine Frau hat das Boot herübergerudert, und ich hab sie genau beobachtet, wie er eingestiegen ist. Ich hab gesehen, wie sie im Boot miteinander gesprochen haben, und ich hab auch gesehen, wie er sie bei den Händen genommen hat beim Aussteigen. Mehr war nicht zu sehen, denn er ist fortgegangen. Ich hab bis zum Abend gewartet, dann bin ich hervorgekrochen und hab gerufen: Ueberfahrt! Meine Frau ist herübergekommen — sie hat auf mich gewartet — und hat mich zurückgerudert. Das erste, was ich getan hab, war zum Geldkasten gehen und die vier Sechspencestücke herauszunehmen. „So, Jenny“, hab ich gesagt, „du hast also vier Ueberfahrten gemacht?“

„Jawohl“, sagte sie, „grad vier!“

„Bestimmt?“ sag ich.

„Bestimmt, Mac Creedy“, sagt sie.

Hast du schon die Augen eines Kaninchens gesehen, wenn der Fuchs hinter ihm her ist?

Ich habe sie gefragt, wer die Leute waren, und wie sie mir die Namen der ersten vier gesagt hat und weiter keinen, hab ich gewußt, daß sie für mich verloren war. Bald darauf ist sie zu Bett gegangen, und nachdem sie fort war, hab ich mich ans Feuer gesetzt und hab gewartet. Ich hab mich gefragt: Soll ich mir's gefallen lassen, daß man sie wegnimmt? Soll ich sie mir einfach wegnehmen lassen? Der Schweiß ist mir heruntergeronnen. Ich hab gedacht, vielleicht hat sie vergessen, ihn zu nennen, aber aus ihren Augen hat was ganz anderes gesprochen, und dann — wo war sein Sechspence? Pfaff, in diesem Leben gibt es Dinge, die man nicht ertragen kann.

„Nein“, hab ich mir gesagt, „entweder hast du schon mit ihm angebandelt oder du bandelst noch mit ihm an, sonst müßtest du seinen Sechspence haben.“ Wie Blei ist's mir in den Gliedern gelegen. „Du müßtest seinen Sechspence haben“, hab ich mir gesagt, „darüber kann man nicht hinweg.“ Du sollst wissen, daß meine Frau eine gehorsame Frau war, sie hat immer getan, was man sie geheißen hat, und hätt sie nicht einen guten Grund gehabt, so hätt sein Sechspence da sein müssen; das kann kein Mensch bezweifeln. Ich gehör nicht zu den Schwächlingen, die da glauben, die Ehe wär was Heiliges; ich bin ein unabhängiger Mensch. Und ich sag: Jeder Mann für sich und jede Frau für sich, und je weniger Gerede, desto besser. Ich will nicht, daß du mir mit so dummem Geschwätz meinen guten Ruf verdirbst, wenn's vorbei ist. Nicht weil sie meine Frau war, ist das geschehen, sondern grad nur, weil man sie mir stehlen wollt. Ich bin nie einem von ihnen auch nur einen Penny oder irgendeine Gefälligkeit schuldig geblieben — dem am allerwenigsten. Und sollt ich vielleicht ruhig zusehen, wie man sie mir stiehlt und mich allein zurückläßt? Grad so, wie sie mir meine Sechspence gestohlen hätten, aus meiner Tasche raus, hätten sie es nur gekonnt? Ich frag dich: Hätt ich das zulassen sollen? Hätt ich mit meinen eigenen Augen zusehen sollen, wie ich wieder einsam geworden wär? „Nein“, hab ich mir gesagt, „gleich soll sich zu gleich gesellen, ich bleib bei dem meinigen!“ Ich bin hingegangen und hab sie angesehen, wie sie geschlafen hat, und ich hab mir's vorstellen können, wie sie sich gefreut hätt, von mir fortzukommen, und daß sie mit ihm zu den andern ins Dorf gegangen wär und mich ausgelacht hätt. Ich hab mir gedacht: „Da muß etwas geschehen, Mac Creedy, sonst hilfst du selbst ihnen noch dazu, daß sie sie dir stehlen.“ Aber was hätt ich tun sollen? Ich bin ein Mensch, der den Dingen auf den Grund sieht und der begreift, was daraus folgen muß. Aus dem hat nur eines folgen können; aber, Pfaff, gemeint hab ich doch, wie ich ihr das Kissen aufs Gesicht gedrückt hab. Sie hat sich nur ganz wenig gewehrt, ist ja immer eine gehorsame Frau gewesen. Die Leiche hab ich in einen Sack eingenäht, und die ganze Zeit hab ich gedacht: „Damit ist's auch mit Mac Creedy aus!“ Aber ich könnt nicht sagen, daß ich's grad bereut hätt. Die menschliche Natur ist gar nicht so einfach. Daß ich mich dann so viel um den Ort herumgetrieben hab, hat mich zugrund gerichtet; wenn man was Wertvolles versteckt hält, kann's nicht anders sein, als daß man sich dort herumtreibt, man fühlt sich so einsam.“

Am Morgen der Hinrichtung nahm Mac Creedy ein gutes Frühstück und machte den schwachen Versuch, sich noch einmal sein Lieblingslied vorzusingen:

„Ich scher mich um keine einzige Seel,
Und keine Seel schert sich um mich!“

(Berechtigte Uebersetzung von Leon Schalit.)

Wieviel Gold gibt es? Die Frage, wieviel Gold es auf der Erde gibt, ist auf Grund neuer genauer Forschungen von dem Direktor des Bergwerksamtes der Vereinigten Staaten Scott Turner beantwortet worden. Zunächst stellte er fest, wieviel Gold seit der Entdeckung Amerikas gefördert worden ist. Dabei ergibt sich eine Menge von etwa 31 223 Tonnen. Mehr als die Hälfte dieser Gesamtmenge, die sich auf 435 Jahre verteilt, ist in den ersten 27 Jahren unseres Jahrhunderts gewonnen worden. Von der seit 1492 geförderten Goldmenge sind heute noch etwa 14 523 Tonnen in Form von Münzen nachweisbar; das übrige ist anderweitig verarbeitet worden oder seitdem wieder verloren gegangen. Wie verhältnismäßig gering diese Goldmenge ist, geht daraus hervor, daß aus all dem Gold, das seit der Entdeckung Amerikas gewonnen worden ist, sich nur ein Würfel gießen ließe, der eine Kantenlänge von 11¾ Meter hätte.

Die Entzifferung des Maya-Alphabets. Von der großartigsten vorkolumbischen Kultur Amerikas, der der Mayas, besaßen wir bisher nur verhältnismäßig geringe Kunde, weil man von den Hieroglyphen dieses Volkes nur die Zahlen und die Inschriften lesen konnte, die sich mit dem Kalender beschäftigten. Jetzt aber scheint man endlich der Entzifferung des ganzen Alphabetes auf der Spur zu sein. Wie ein mexikanisches Blatt, „El Nacional Revolucionario“, mitteilt, ist der Rektor der Universität von Mexiko, Garcia Tellez, von einer Studienreise nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, auf der er die reiche Sammlung von Maya-Inschriften der Universität Pennsylvanien genau studiert hat. Er glaubt hier alles notwendige Material gefunden zu haben, um nun die Enträtselung der Maya-Schrift durchzuführen.

Spiritus aus Holz

Nach dem bekannten Bergius-Verfahren läßt sich aus Holz mit Hilfe konzentrierter Säuren Zucker, zunächst für Futterzwecke, gewinnen. Das Holz wird auch als Ausgangsprodukt für die Alkoholerzeugung, freilich auf einem Umweg, schon lange angewandt. Der so gewonnene Sulfitsprit konnte allerdings bisher irgendwelche praktische Bedeutung nicht gewinnen. Anders sieht es mit einem neuen Verfahren des Chemikers Scholler aus, das in Tornesch (Holst.) bereits im großen durchgeführt wird. Das Verfahren benötigt nur verdünnte Säuren, die auf Sägespäne in verhältnismäßig einfacher Apparatur einwirken. Die Brennerei in Tornesch hat bereits im Vorjahr ein Brennrecht auf 3 500 000 Liter erhalten. In der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ macht nun Prof. Dr. Lüers von der Technischen Hochschule München, in dessen Institut Scholler das Verfahren ausgearbeitet hat, zum ersten Male nähere Angaben, aus denen hervorgeht, daß das Ziel der Alkoholgewinnung aus Holz damit verwirklicht ist. Abgesehen davon, eröffnet das Scholler-Verfahren neue Aussichten auf die Gewinnung von Futtermitteln.

Deutscher Landwirtschaftsrat tagt.

Schiele kündigt ein Weizenbauprogramm an.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat zu seiner 60. Vollversammlung zusammengetreten ist, hatte vor allen Dingen die Bilanz aus der Regierungstätigkeit des gegenwärtigen Reichsernährungsministers zu ziehen. Die Situation ist für den Deutschen Landwirtschaftsrat wenig erfreulich. Zu einer Zeit, als sich das Kabinett Müller, konsequent und zielklar, um die Landwirtschaftskrise bemühte, wurde jede Maßnahme dieses Kabinetts in Grund und Boden kritisiert. Man verlangte Besserungen von einem Tag zum anderen auf Gebieten, wo Erfolge nur allmählich und als Effekt einer zähen Arbeit heranreifen können. Man hat, ehe Schiele in das Reichsernährungsministerium einzog, viel versprochen und muß jetzt, wo sich die Blicke der deutschen Landwirtschaft nach Berlin auf die Tagung des Landwirtschaftsrates richten, eingestehen, daß man

seine hemmungslosen Versprechungen nicht erfüllen konnte.

Man hat allerdings, wie der Präsident des Landwirtschaftsrats Dr. Brandes in seiner Begrüßungsrede am Mittwoch betonte, den deutschen Getreidemarkt weitgehend von der unbefriedigenden Entwicklung auf dem Weltgetreidemarkt gelöst!!- Das trifft zum Teil zu. Die letzten Krachs an den nordamerikanischen Produktenbörsen haben sich auch auf die deutschen Märkte nicht allzu stark ausgewirkt. Man kann sich aber nicht verhehlen, daß man dieses spärliche Ergebnis Maßnahmen verdankt, die man noch vor einigen Jahren mit der Bezeichnung „Kriegssozialismus" ablehnte und man kann sich weiter nicht verhehlen, daß die Agrarpreisbildung in Deutschland immer wieder von der Ernte im Lande selbst abhängt, wobei die Situation an den ausländischen Warenbörsen höchstens als Korrektur herangezogen werden kann. Ueber die Ernte läßt sich aber gegenwärtig noch nichts sagen. Man weiß wirklich nicht, ob der liebe Gott gutes Wetter für Schiele und seine Politik oder für die heranreifende Ernte macht. Andererseits hat

der zunehmende Radikalismus auf dem Lande die Frage nach den Erfolgen der Schieleschen Regierungstätigkeit gestellt,

und vielleicht erklärt sich daraus, daß der Reichsernährungsminister in seiner Ansprache den Versuch machte, durch Aufstellung eines praktischen Programms seine Anhänger über seine bisherige Roggenpolitik hinwegzubringen, von der große Teile der weiterblickenden Landwirtschaft sich schon seit langem nichts mehr versprechen.

Schiele betonte, daß man bei der nun einmal gegebenen handelspolitischen welt- und innerwirtschaftlichen Lage die Wirkungsmöglichkeiten der Agrarpolitik nicht überschätzen dürfe. Wer überspannte falsche Hoffnungen im Landvolk zu erwecken sucht, der untergrabe das Vertrauen zur Führung und störe die Einigkeit der Landwirtschaft. Nur das tägliche Ringen mit den Realitäten bringe die Landwirtschaft ihrem Ziel näher.

Brandes erinnerte daran, daß sich die Bülowschen Zölle vor gut 25 Jahren auch erst nach zehn Monaten ausgewirkt hätten. So wurde viel Wasser in den Wein hemmungsloser Versprechungen gemengt. Im übrigen vertröstete Brandes auf handelspolitische Maßnahmen. Hier waren es wieder Schlagworte vom „Schutz der deutschen Arbeit" und von der „Kaufkraft des Binnenmarktes", die der breiten Oeffentlichkeit in Deutschland die Rezepte der Agrarführer schmackhaft machen soll. Die Rezepte aber zielen auf handelspolitische Störungen hin, die der deutschen Wirtschaft, falls man sie realisieren wird, Hunderte und aber Hunderte von Millionen kosten werden. So biete, wie Brandes unterstrich, der Ablauf der vor 5 Jahren vereinbarten Handelsverträge die Möglichkeit, die Einfuhr ausländischer Agrarartikel zu drosseln. Brandes verlangt, daß in Zukunft keine langfristigen Bindungen mehr eingegangen werden. Es bleibe weiter zu erwägen, ob Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage die Meistbegünstigungsklausel auch ferner noch solchen Staaten gegenüber zur Grundlage von Handelsvertragsbeziehungen machen kann, die uns gleichwertige Gegenleistungen vorenthalten. Der deutsch-finnische Handelsvertrag (Schifferzoll) müsse gekündigt werden, wenn die Verhandlungen mit Finnland nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Der Reichsernährungsminister Schiele schlug, was allgemein auffiel, nicht in die Kerbe seines Vorredners Brandes. Seine ganzen Ausführungen waren mehr von pädagogischen Gesichtspunkten orientiert. Wenn Brandes noch die Behauptung aufgestellt hatte, daß Staatshilfe und Selbsthilfe sich ergänzten und sich nicht ausschlössen, so erinnerte Schiele daran, daß die Regierungsmaßnahmen durch aktive Mitarbeit der Landwirtschaft ergänzt werden müßten. So sei auf die Dauer das Getreideprogramm nur zu lösen, wenn sich die Landwirtschaft produktionstechnisch auf die vorhandenen Absatzmöglichkeiten einstelle. Von diesem Grundsatz aus entwickelte der Reichsernährungsminister ein

Programm für die Umstellung vom Roggenbau auf verstärkten Weizenbau.

Das Schwergewicht der Aktion und damit auch die Verantwortung werde nicht bei den Ländern, sondern bei den Landwirtschaftskammern mit ihrem weitverzweigten Netz von landwirtschaftlichen Schulen und landwirtschaftlichen Vereinen liegen. Soweit zur Aufklärungsaktion finanzielle Mittel notwendig seien, werde er, der Minister, es an Hilfe nicht fehlen lassen. In diesem Zusammenhang kündigte der Minister dann die Verabschiedung des Reichsmilchgesetzes an. Für die zucker- und kartoffelverarbeitenden Gewerbe soll nach dem geplanten Handelsklassengesetz die notwendige straffe Zusammenfassung gemeinschaftlicher Regelung des Absatzes und der Produktion notfalls auch durch einen erzieherischen Zwang herbeigeführt werden. In der Zinsfrage hätten die Genossenschaften darauf hinzuwirken, daß die Zinsspannen, beginnend bei den Zentralinstituten und herunter bis zur letzten Darlehenskasse, so schnell als möglich auf das Maß des Notwendigen herabgedrückt werden.

Professor Dr. Volz-Leipzig führte in den Fachvorträgen vom Mittwoch aus, daß der industrielle Westen ein großes Interesse an einem lebenskräftigen Osten besitze. Dem Osten müßten die Erzeugnisse gelassen werden, die sein unfruchtbarer Boden und sein wenig günstiges Klima erzeugen, nämlich Roggen, Kartoffeln und Schweine. Der Westen käme als Abnehmer für den Osten in Frage. Eine richtige Arbeitsteilung könne dem Osten ein blühendes Leben geben. — Die Ausführungen von Volz waren nach mancher Richtung interessant. Will man der östlichen Landwirtschaft in Deutschland Beschäftigungsmöglichkeiten geben, so muß man in den industriellen Gebieten ein kaufkräftiges Publikum schaffen, denn nur ein solches Publikum kann dem Osten Agrarwaren abnehmen. Die Schielesche Agrarpolitik hat sich aber bis jetzt nur bemüht, die industrielle Kaufkraft sinn- und zwecklos zu zerschlagen. Das zu sagen, ist eine notwendige Ergänzung der Volzschen Ausführungen.

Oekonomierat Müller-Karlsruhe sprach über den Kampf landwirtschaftlicher Spezialkulturen um den Markt. Er forderte unter anderem eine Aenderung des Branntweinmonopolgesetzes dahin, daß die Ueberstände bei der Obst- und Weinbereitung, wie das in früheren Jahren immer der Fall war, wieder lohnend durch Branntweinherstellung verwertet werden können. Zur Förderung des Tabakbaues seien, namentlich für die Erzeugung guter Qualitäten, höhere Reichsmittel zur Verfügung zu stellen.

Ausführungen, die gerade hinsichtlich der Preissenkungsaktion interessieren, machte Dr. Hamann über den Obst- und Gemüsebau in Deutschland. Hamann wies darauf hin, daß der

Unterschied zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis selten weniger als 100 Proz. betrage.

Der deutsche Erzeuger erhalte nur 50 Proz. des Preises, den der Verbraucher für den Kauf von Obst und Gemüse anlegen muß, während zum Beispiel der dänische Erzeuger 70 bis 90 Proz. des Kleinhandelspreises erhalte.

Es entsteht die Frage, ob ein gleiches nicht in Deutschland möglich ist. Hier liegen die Probleme einer wirklichen Preissenkungsaktion, an der aber die Regierung Brüning-Schiele bis jetzt vorübergegangen ist.

F. O.

Schlußakt der Weltkraftkonferenz.

Nächste Vollkonferenz 1936 in USA.

Nachdem in den letzten Tagen in einer Reihe weiterer Fachsitzungen verschiedene, meist technische Probleme der Energieverwertung behandelt worden waren, fand am gestrigen Mittwoch nachmittag im großen Krollsaal die Schlußsitzung dieser umfangreichen Tagung statt. Zehn Tage lang hatten insgesamt 34 Fachsitzungen stattgefunden, denen nicht weniger als 380 ausführliche Spezialberichte zugrunde lagen. 430 Diskussionsredner nahmen zu diesen Berichten und zu den Generalberichten Stellung. Die Zahl sämtlicher Teilnehmer belief sich auf 3900.

Dipl.-Ing. zur Nedden faßte die Ergebnisse der Konferenz mit etwa folgenden Worten zusammen: Der Informationsaustausch großer Weltverbände ist in die Wege geleitet worden. Auf einem bestimmten Spezialgebiet (internationale Regelung der Heizwerte von Brennstoffen) ist eine internationale Verständigung erzielt worden. Die nächste Teilkonferenz wird 1933 in Skandinavien stattfinden und in erster Linie der Energieversorgung der Großindustrie gewidmet sein. Die nächste (dritte) Vollkonferenz soll 1936 in den Vereinigten Staaten abgehalten werden.

Mit Recht bezeichnete es zur Nedden als das wichtigste Ergebnis, daß so viele Fachleute aus aller Welt zahlreiche neue persönliche Beziehungen miteinander angeknüpft haben. Er unterstrich den völkerverbindenden Einfluß dieser Besprechungen, die ein neues Zeitalter vorbereiten helfen, das uns eine neue einheitliche Geisteskultur bringen werde.

Die Vertreter der verschiedenen nationalen Ausschüsse, die alsdann das Wort ergriffen, hauptsächlich, um die Resolutionen der Schlußsitzungen zu begründen, fanden viele anerkennende Worte für die deutschen Organisatoren der Konferenz, insbesondere den Verein deutscher Ingenieure, und für Deutschland überhaupt; es kann hierbei als eine freundliche Geste aufgefaßt werden, daß sie, nachdem sie vorher englisch oder französisch gesprochen hatten, sich zum Schluß in einigen Sätzen der deutschen Sprache bedienten.

Die Gesamtauswirkung dieser Konferenz wird von uns noch behandelt werden.

Dividendenrückgang bei Rütgers.

Scharfe Konkurrenz durch großen Teeranfall bei der Kokesproduktion.

Die Rütgers-Werke A.-G., Berlin, setzen die Dividende auf das 80-Millionen-Kapital für 1929 um 1 Proz. niedriger als 1928 auf 5 Proz. fest. Ein großer Teil der erhöhten Teerproduktion mußte auf Lager genommen werden, da der Baumarkt wegen der absinkenden Konjunktur und wegen der Kälte zu Anfang des Jahres weniger aufnahmefähig war. Vor allem macht sich der in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland erfolgte Neubau von Kokereien in einer Steigerung des Rohteeranfalls bemerkbar, mit der die Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht Schritt hielt. Im laufenden Jahr hat sich die Marktlage gebessert, auch dank der erfolgreichen Bemühungen, neue Verwendungszwecke für Teerprodukte zu schaffen.

Von den Beteiligungen beeinflußten die Siemens-Plania-Werke, die Deutsche Petroleum A.-G. und die Vereinigten Dachpappen-Fabriken A.-G. das Ergebnis günstig; die Niederschlesische Bergbau A.-G. blieb dividendenlos.

Der Wert der Beteiligungen ist auf 33,7 Millionen zurückgegangen, da einige Aktien und Anteile abgegeben wurden. Die Anlagen haben im Laufe des Jahres einen Zugang von 2,3 Millionen erfahren, der aus laufenden Einnahmen finanziert wurde; da zu gleicher Zeit die Schulden um 1 Million auf 5,7 Millionen gesenkt wurden, muß die finanzielle Kraft des Unternehmens recht stark sein. Nach Abschreibungen von 2,4 Millionen haben die Anlagen einen Wert von 29,9 Millionen. Das Warenlager ist trotz vorsichtiger Bewertung von 10,16 auf 11,58 Millionen gestiegen. Die Tochtergesellschaften haben einen bedeutenden Teil ihrer Schulden zurückgezahlt, so daß die Bankguthaben mit 6,4 Millionen erheblich höher sind. In dem Posten Schuldner von 9,85 Millionen stecken über 4 Millionen Restkaufgelder aus den zurückliegenden Transaktionen, so daß nur etwas über 5 Millionen wirkliche Geschäftsverpflichtungen darstellen, denen der Posten Gläubiger (also Geschäftsschulden) mit 5,74 Millionen gegenübersteht. Der Reingewinn wird mit 3,78 Millionen um 1 Million niedriger als im Vorjahr ausgewiesen.

Rentables Druckereigeschäft. Die Verteilung von wieder 15 Prozent Dividende bei gleichzeitiger starker Erhöhung der Abschreibungen um 69 000 auf rund 168 000 M. schlägt die A. Seydel u. Cie. A.-G. in Berlin ihren Aktionären vor. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1929 erwähnt die Uebernahme einer maßgebenden Beteiligung an der „Deutsche Beamten-Schriften-Verlag G. m. b. H.", der Verlagsanstalt des Beamtenwirtschaftsbundes; dieser Schritt diente offenbar der Sicherung von Druckaufträgen. Der Reingewinn ist von 0,22 auf 0,33 Millionen Mark gestiegen, so daß das Unternehmen einschließlich seiner Abschreibungen im letzten Betriebsjahr rund 40 Proz. seines Kapitals verdient hat. In der 15prozentigen Dividende kommt also nur ein Bruchteil des tatsächlich erzielten Ertrages zum Ausdruck. Das Barvermögen der Gesellschaft hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mehr als verdreifacht.

Guter Saatenstand Anfang Juni. Nach den Angaben der „Landwirtschaftlichen statistischen Korrespondenz", die vom Preußischen Statistischen Landesamt herausgegeben wird, hat der Saatenstand in Deutschland gegenüber den günstigen Feststellungen vom Vormonat noch Verbesserungen erfahren. Die Wertungen zu Anfang Juni lauten unter Zugrundelegung der Ziffern 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering und 5 = sehr gering: Winterweizen 2,3 (Vormonat 2,3), Sommerweizen 2,5; Winterroggen 2,4 (Vormonat 2,4), Sommerroggen 2,7; Wintergerste 2,5 (2,5), Sommergerste 2,5; Frühkartoffeln 2,7, Spätkartoffeln 2,8 (im Vormonat nicht bewertet). Der Saatenstand ist somit um einiges besser als vor einem Jahr, besonders für Weizen und Roggen.

Diskontsenkung ohne Wirkung.

Fast völlige Geschäftsstille bei der Reichsbank. — Phantastisch günstige Notendeckung.

Die Reichsbank hat in der Woche zum 23. Juni eine neue Diskontsenkung vorgenommen. Eine Wirkung in der Richtung verstärkter Kreditinanspruchnahme hatte diese Ermäßigung überhaupt nicht, war freilich nach der Gesamtlage auch nicht zu erwarten. Nach einem Rückgang um 195,8 Millionen haben die Wechselbestände mit 1348,1 Millionen ihren seit 1924 noch nicht dagewesenen Tiefstand erreicht. Die Lombarddarlehen blieben mit 55,3 Millionen fast unverändert. Unverzinsliche fremde Gelder auf Girokonto stiegen um 111,3 auf 648,6 Millionen Mark. Der Notenumlauf hat sich wieder um 240,8 auf 4038,0 Millionen verringert. Goldbestände sind mit 2618,9 Millionen fast unverändert; die offen bekanntgegebenen Devisen haben sich — durch den Zufluß von Tellerlösen aus der Young-Anleihe — um 35,0 auf 457,2 Millionen weiter erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen zusammen stieg von 71,1 auf 76,2 Proz., eine ebenfalls seit Jahren noch nie verzeichnete Deckungshöhe. Rechnet man die rund 450 Millionen Mark Devisen noch hinzu, die unter 1348,1 Millionen Handelswechseln stecken, so hat heute die Reichsbank eine Notendeckung von fast 90 Proz. aufzuweisen.

Dieser Reichsbankausweis vom 23. Juni ist währungsmäßig phantastisch günstig, als Merkmal für die Konjunktur aber ebenso phantastisch ungünstig; denn die Reichsbank könnte heute ruhig 2 Milliarden neue Kredite gewähren, wenn solche Kredite nur verlangt werden würden.

Die englische Eisenindustrie hat Ende voriger Woche die Roheisenpreise mit Rücksicht auf die Preissenkungen im Deutschen Roheisenverband ebenfalls herabgesetzt.

Der Druck der Wirtschaftskrise.

Absinkende Umsätze der Konsumvereine.

Die Wirtschaftskrise wirkt sich mit ihrem starken Druck auf die Kaufkraft der Massen jetzt auch bei den Konsumvereinen in einer sehr deutlichen Umsatzsenkung aus. Im Monat Mai ist im Vergleich zum April der durchschnittliche Pro-Kopf-Umsatz im Zentralverband der Konsumvereine von 8,78 M. auf 8,44 M. gesunken. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres liegt ein Rückgang um 48 Pf. vor. In sämtlichen Monaten des Jahres 1930 haben die durchschnittlichen wöchentlichen Pro-Kopf-Umsätze die Umsätze der Vergleichsmonate des Vorjahres noch nicht erreicht.

Kleinauto bringt Gewinne.

Der Abschluß der BMW.

Die Bayerischen Motoren-Werke A.-G., München-Eisenach, setzen für das Jahr 1929 ihre Dividende von 14 auf 7 Proz. herab. Beim Erwerb des Eisenacher Dixi-Werkes und der Auseinandersetzung mit dem Wiener Finanzmagnaten Castiglioni mußte die Gesellschaft erhebliche Bankkredite aufnehmen, die aber inzwischen bis auf eine langfristige Schuld bereits wieder abgedeckt werden konnten. Die Entwicklung bei BMW. scheint sich nach dem Bericht jetzt wieder in stark aufsteigender Linie zu bewegen.

Der Kleinwagen der Gesellschaft hat sich durchgesetzt. Trotz der starken Konkurrenz im Kleinautogeschäft hat die Gesellschaft offenbar ihre Gewinne in erster Linie in diesem Fabrikationszweig erzielt. Inwieweit die Austin-Patente dem Unternehmen dabei von besonderem Nutzen waren, muß dahingestellt bleiben. Die Verwaltung vermeidet jedenfalls ängstlich jede Andeutung über die Entwicklung der einzelnen Fabrikationszweige. Um so weitschweifiger sind dafür die Klagen über die Kürzungen im Luftfahr-Etat, die Sonderabschreibungen im Flugmotorenbau notwendig gemacht hätten.

Die Gewinnquellen der Gesellschaft liegen daher offenbar im Berichtsjahr ausschließlich bei dem Kleinautobau und bei der Motorradabteilung, obwohl auch auf diesem Gebiet seit einem Jahr eine wachsende Ueberproduktion auf dem deutschen Markt festzustellen ist. Die BMW. haben aber mit ihrer guten Auslandsorganisation diese Entwicklung durch verstärkten Export ausgleichen können.

Nach dem Bruch.

Stegerwald und die Schwerindustriellen verantwortlich.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt in einer eingehenden Darlegung Stellung zu den Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände. Es heißt da:

Die Besprechungen, die zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und den Gewerkschaften seit Monatsfrist gepflogen werden, wurden bekanntlich auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern aus der verarbeitenden Industrie aufgenommen. Den Ausgangspunkt dieser Verhandlungen bildete der von den Unternehmern vertretene Gedanke, daß es eine sittliche Pflicht der in gesicherter Stellung befindlichen Berufsschichten der Wirtschaft sei, ihre Arbeitsgenossen, die zum Opfer der deutschen Wirtschaftsnot geworden sind, nicht im Stiche zu lassen. Die Angestellten der Wirtschaft bis hinauf zu den Generaldirektoren sollten für das Etatjahr 1930 von ihrem nichtversicherungspflichtigen, lohnsteuerpflichtigen Arbeitseinkommen bis zur Höhe des ungeteilten Versicherungsbeitrages einen Hilfsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung leisten. Da diese Gruppe der Unternehmer, mit der zunächst die Verhandlungen geführt wurden, sich der Einsicht nicht zu verschließen schien, daß eine Senkung der Preise nur dann zu einer Ankurbelung der Wirtschaft führen könne, wenn gleichzeitig für die

Sicherung der Kaufkraft und in der Folge für ihre Stärkung

Sorge getragen würde, war es sachlich berechtigt, trotz der schon bei den ersten Beratungen auftauchenden Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg, die Verhandlungen durchzuführen.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Senkung der Selbstkosten der Produktion in weitem Ausmaße ohne Abbau der Löhne durchgeführt werden müsse. Sie hielten es für entscheidend, die übersetzten Kartellpreise abzubauen, deren Senkung z. B. in der Eisenindustrie ohnehin längst fällig war, da, wie auch die Unternehmer selbst zugeben mußten, die Rohstoffpreise sich wesentlich gesenkt haben. Diese Anpassung der Monopolpreise an die gesunkenen Gestehungskosten und an die veränderten Kaufkraftverhältnisse ist

ohne jeden Druck auf die Löhne möglich.

Ebenso vertraten die Gewerkschaften die Auffassung, daß die viel zu hohen Gewinnspannen im Handel vermindert werden müssen. Außerdem erklärten sie eine Senkung der inländischen Zinssätze und eine bessere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitalsenkung für unbedingt erforderlich, mit dem Ziel, die Geld- und Kapitalkosten zu verbilligen.

Nach der gemeinsamen Ausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände machte sich sichtbar der Einfluß der Schwerindustrie auf die Verhandlungsführer der Unternehmer geltend. Die Senkung und Einschränkung der personellen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften, um eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten zu erreichen, eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben in der Privatwirtschaft, die alle in ihr tätigen Personen (einschließlich der leitenden Persönlichkeiten) einbeziehen sollte — d. h. praktisch

ein Lohn- und Gehaltsabbau und Arbeiter- und Beamtenentlassungen im großen Stil,

wurden nunmehr als die Voraussetzung für einen Abbau der Preise erklärt. Dabei wurde von vornherein darauf hingewiesen, daß Fehler in der Finanzpolitik die Erfüllung des unbestimmten Versprechens auf eine Senkung der Preise illusorisch machen könnten. Gleichzeitig wurde an vorsichtigen Formulierungen die in den Programmen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geforderte Anpassung der öffentlichen Lasten an die innere deutsche Finanzkraft, d. h. ein

Abbau der Leistungen der Sozialversicherung

und eine Einschränkung ihrer Verwaltungskosten, in das neu formulierte Programm eingebaut. Der Gedanke eines Notopfers der in gesicherter Lebensstellung Stehenden sollte nur dann in Betracht gezogen werden, wenn Regierung und Volksvertretung sich auf die vorerwähnten Forderungen einigten und ihre Durchführung bis in die letzten Organe der Verwaltung sicherstellten.

Diese Verschiebung der Verhandlungsbasis erschwerte den Fortgang der Verhandlungen außerordentlich und legte den Vertretern der Gewerkschaften den Gedanken nahe, sie ohne weiteres abzubrechen. In einer gemeinsamen mit den Spitzenorganisationen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften formulierten Entschließung faßten sie daher noch einmal die von ihnen vertretene, in klarem Gegensatz zu den Anschauungen der Unternehmer stehende Ansicht über die außerordentlichen Maßnahmen zur Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zusammen.

Der natürliche Gegensatz der Anschauungen, der sich im Verlaufe des Juni bei den Beratungen immer mehr vertiefte, wurde wesentlich verschärft durch eine Reihe von Ereignissen, die klar zeigten, daß die an den Verhandlungen beteiligten Vertreter der Unternehmer nicht genügend Einfluß auf die praktischen Maßnahmen der Schwerindustrie und auf das Vorgehen ihrer politischen Vertretung, der Deutschen Volkspartei, hatten.

Der Schiedsspruch von Oeynhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwerindustrie machte, besonders seine Verbindlicherklärung, die in der Folge dazu führte, daß die Senkung der Löhne nicht der Verbraucherschaft, sondern als Extraprofit den Unternehmungen zugute kam, zeigten deutlich, mit welcher bedenkenlosen Rücksichtslosigkeit die Schwerindustrie und die beteiligten Organe der Regierung den ursprünglichen Sinn der Verhandlungen durchkreuzten. Es wurde bekannt, daß die Schwerindustrie den Finanzminister Moldenhauer nicht zuletzt deswegen zu Fall brachte, weil er sich nicht darauf einlassen wollte, den Abbau der Löhne und Gehälter durch ein vom Reichstag zu beschließendes Gesetz durchzuführen, das die langfristigen Tarifverträge mit einem Schlage aufheben sollte.

In den Beratungen wurde selbst von einigen Unternehmern anerkannt, daß, während die Verhandlungen der Spitzenverbände schwebten, Arbeiterentlassungen nicht stattfinden dürften. Aber nicht nur, daß die Schwerindustrie unbekümmert zu Entlassungen und mit Hilfe der Regierung zu einem weitgehenden Lohn- und Gehaltsabbau schritt: auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Herr von Siemens, wandte sich — wie es scheint, auch überraschend für die an den Verhandlungen beteiligten Unternehmervertreter — in einem Schreiben an die Reichsregierung, in dem er unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn kurzerhand einen Lohn- und Gehaltsabbau forderte.

In diesem Vorgehen liegt System.

Auch die Firma Krupp in Essen hat den Antrag auf Entlassung von 7 Prozent ihrer Belegschaft gestellt, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Schwerindustrie entschlossen ist, die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht zu verhindern, sondern mit allen Mitteln darauf ausgeht, ihr in den letzten Jahren propagiertes Programm zu verwirklichen, nämlich die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit unter Ausnutzung der Arbeitslosennot und der Finanzkalamität des Reiches zu beseitigen...

Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben dementsprechend die Konsequenzen gezogen und betrachten diese Verhandlungen als beendet.

Stellungnahme der Christlichen.

Düsseldorf, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hielt hier am 11. und 12. Juni eine von Vertretern aller Verbände besuchte Tagung ab, auf der insbesondere die gegenwärtige Wirtschaftslage Gegenstand der Erörterungen war. Auf der Tagung kam zum Ausdruck, daß die christlichen Gewerkschaften die Bemühungen unterstützen, durch gemeinsame Arbeit der Arbeitgeber und der Gewerkschaften die schwierige Gesamtlage überwinden zu helfen. Gegen die Auffassung, daß der Abbau der Löhne das Mittel sei, um die Arbeitslosigkeit zu beheben, müßten sich die christlichen Gewerkschaften nachdrücklichst wenden. Sie seien jedoch bereit, an einer Senkung der Produktionskosten der Wirtschaft mitzuarbeiten, vor allem in der Richtung einer Senkung der durch den überspannten staatlichen Verwaltungsapparat bedingten öffentlichen Lasten und einer wesentlichen Herabsetzung der Preise. Angesichts der Not von Millionen deutscher Volksgenossen sollte die Leistung eines Notopfers von allen in gesicherter Stellung sich Befindlichen eine Selbstverständlichkeit sein.

Scharfmachertum im Kommunistenblatt

Der gemaßregelte Betriebsrat.

Stuttgart, 25. Juni. (Eigenbericht.)

In der Druckerei des Stuttgarter Kommunistenblattes sind Differenzen ausgebrochen, die am letzten Freitag fast zum Streik und zur Stillegung des Betriebes geführt hätten. Die Geschäftsleitung der Druckerei hatte von den fünf Mitgliedern des Betriebsrat drei fristlos entlassen, weil sie angeblich unangemeldet eine Betriebsratssitzung, die nur einige Minuten dauerte, abgehalten haben sollen. Tatsächlich war die Sitzung jedoch dem zweiten Geschäftsführer angezeigt worden. Die Mehrheit des Personals beschloß deshalb, die Arbeit niederzulegen. In ihrer Not wandte sich die Geschäftsleitung an die „sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen“. Ihnen gelang es, den Streik zu verhüten, ohne daß die Differenzen bis heute beigelegt worden wären. Die kommunistische Parteileitung weigert sich, die Betriebsratsmitglieder wieder einzustellen. Dieses Verhalten dürfte darin zu suchen sein, daß in dem kommunistischen Betrieb auch sogenannte „Renegaten“ tätig sind — darunter die drei Betriebsratsmitglieder —, die beseitigt werden sollen. Die gemaßregelten Betriebsratsmitglieder haben das Arbeitsgericht angerufen.

Die Frauen halten stand.

Hut ab vor den Hutarbeiterinnen!

Die Arbeiterschaft der deutschen Hutindustrie hat unter der allgemeinen Wirtschaftskrise teilweise noch stärker zu leiden, als die übrige Industriearbeiterschaft. Wenn auch Mode und Jahreszeit für die Hutindustrie immer konjunkturbestimmend gewesen sind, so verlief doch die Beschäftigungskurve in früheren Jahren stets so, daß einer kurzen Beschäftigungsflaute immer eine Zeit folgte, in der so gut wie keine Arbeitslosen gab. Im vorigen Jahr aber waren selbst während der Hochsaison im Juli, wie der Geschäftsbericht des Deutschen Hutarbeiterverbandes ausweist, nur 71,3 Proz. der Verbandsmitglieder voll beschäftigt: 27,8 Proz. der Mitglieder waren arbeitslos und 0,9 Proz. arbeiteten verkürzt. Am katastrophalsten war die Arbeitsmarktlage im November des Vorjahres, wo nur 22 Proz. der Verbandsmitglieder voll arbeiteten, dagegen 48 Proz. die Arbeitsnachweise bevölkerten und 30 Proz. in Kurzarbeit standen. Die Quersumme aus der Arbeitsmarktstatistik des Jahres 1929 wirkt ebenfalls erschütternd. Im Jahresdurchschnitt waren nur 55 Proz. der Mitglieder Vollarbeiter, 16 Proz. Kurzarbeiter und 29 Proz. arbeitslos!

Daß angesichts dieser Arbeitsmarktlage vielen Unternehmern der Hutindustrie der Kamm schwoll und sie versuchten, an den tariflichen Errungenschaften ihrer Arbeiter zu rütteln, nimmt weiter nicht wunder. Die Organisation hat sich aber auch in dieser schweren Zeit als der sichere Damm erwiesen, an dem der Unternehmeransturm zerschellte. Der Deutsche Hutarbeiterverband hat nicht nur alle Angriffe der Unternehmer erfolgreich abgewehrt, sondern darüber hinaus noch einige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erwirkt. Es wurden im Berichtsjahr 9 Angriffsbewegungen und eine Abwehrbewegung für insgesamt 29 900 Personen geführt, von denen keiner der Erfolg versagt blieb. Für 8500 Männer wurde eine Lohnerhöhung von 12 530 M. je Woche und für 13 700 Frauen 19 060 M. erzielt. Für 7700 Personen gelang es, nicht nur Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren, sondern die bestehenden Arbeitsbedingungen noch zu verbessern. Am Schlusse des Berichtsjahres waren für alle Berufszweige der Hutindustrie die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch je drei Reichs- und Bezirkstarife sowie verschiedene Orts- und Firmentarife geregelt.

Die katastrophale Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist für den Verband nicht ohne nachteilige Folgen geblieben. Der Mitgliederbestand verringerte sich um 1246, davon 1069 weibliche, auf 16 939 Mitglieder, wovon 10 932 weiblichen Geschlechts sind. Da erfahrungsgemäß in allen Gewerkschaften die Frauen, die im Hutarbeiterverband rund zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft ausmachen, das am stärksten fluktuierende Element sind, muß man den Mitgliedern des Hutarbeiterverbandes hinsichtlich der Organisationstreue das beste Zeugnis ausstellen. Daß der Deutsche Hutarbeiterverband auf einer gesunden finanziellen Grundlage steht, beweist die Tatsache, daß trotz der riesigen Ausgaben für Unterstützungen an erwerbslose und kranke Mitglieder sich das Vermögen der Hauptkasse um 97 596 M. auf 401 720 M. erhöhte und das der Lokalkassen um 22 647 M. auf 77 606 M.

Protest der litauischen Gewerkschaften.

Kowno, 24. Juni (Ost-Expreß).

Der Vorstand des Verbandes der litauischen Gewerkschaften hat an das Internationale Arbeitsamt in Genf ein Schreiben gerichtet, in dem Protest dagegen erhoben wird, daß die litauische Regierung einen Vertreter der gelben Gewerkschaften als litauischen „Arbeitervertreter“ zur Internationalen Arbeitskonferenz zu entsenden gedenke. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß seit dem Staatsstreich von 1926 von den bis dahin in Litauen bestehenden 18 Gewerkschaften mit 23 000 Mitgliedern, die der Amsterdamer Internationale angeschlossen waren, die meisten geschlossen worden sind, wobei ihr Vermögen beschlagnahmt wurde. Die wenigen noch bestehenden Gewerkschaften hätten unter dem Druck der Behörden sehr zu leiden und die Gewerkschaftspresse sei verboten. Das Memorandum schließt mit dem Ersuchen, dem litauischen „Arbeitervertreter“, der tatsächlich nur ein Regierungsvertreter sei, die Anerkennung seines Mandats zu verweigern.

10 Jahre wertschaffende Arbeitslosenfürsorge.

Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt hat im ehemaligen Herrenhause in der Leipziger Straße eine Ausstellung „Zehn Jahre wertschaffende Arbeitslosenfürsorge in Preußen“ eingerichtet, die ab heute der Oeffentlichkeit zugänglich ist. Die Ausstellung bietet dem Besucher keine Reize, der gewohnt ist, seinen Blick flüchtig von einem fesselnden Ausstellungsgegenstand zum andern gleiten zu lassen. Dem Besucher aber, der sich mit sozialen, arbeitsmarktpolitischen und ähnlichen Fragen beschäftigt, geben die zahlreichen Schaubilder, Photographien und Modelle von Landarbeiterwohnungen, Statistiken über den Umfang der Meliorationsarbeiten usw. vielerlei Anregung.

In der ersten sogenannten allgemeinen Abteilung wird an einer Uebersichtskarte sowie graphischen und bildlichen Darstellungen der Umfang der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge in Preußen in den einzelnen Jahren von 1920 bis 1930 gezeigt, die Geldmittel, die sie erforderten und von wem diese aufgebracht wurden. So sind, um nur einige Beispiele anzuführen, in dem Jahrzehnt 1920/30 an Notstandsarbeiten rund 190 Millionen Tagewerke, davon allein bei Straßenbauten 49 Millionen Tagewerke, geleistet worden und davon wiederum der größte Teil in den Industriezentren Berlin, Schlesien, Westfalen und der Rheinprovinz. Durchschnittlich 200 000 Arbeitslosen wurde dadurch für 3 Monate Arbeitsgelegenheit geboten. In diesem Zusammenhang sei auf die nicht unbekannte Tatsache hingewiesen — die in der Ausstellung durch eine gratisch wirkende Graphik festgehalten wird —, daß in den Jahren 1924/26 die Geldmittel zur Förderung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge entsprechend dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr stärker flossen, in den Konjunkturjahren 1927/28 begreiflicherweise gestoppt wurden, aber in den Krisenjahren 1929/30 nicht wieder stärker fließen, sondern noch geringer werden als in den Jahren der Konjunktur. In der 2. und 3. Abteilung wird dem Besucher ein Ueberblick gegeben über die Art der Notstandsarbeiten, ihren kultur-, siedlungs- und arbeitsmarktpolitischen Wert, was besonders eindrücklich in der Unterabteilung Landarbeiterwohnungsbau dargestellt wird.

Der Arbeitsgerichtsverband, die Vereinigung von Vorsitzern und Beisitzern der Arbeitsgerichte aller Instanzen, erhält nunmehr Zuzug auch aus den Reihen derjenigen Beisitzer, die dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angehören, nachdem dieser beschlossen hat, seine Zurückhaltung dem Arbeitsgerichtsverband gegenüber aufzugeben und sich aktiv an dessen Arbeiten zu beteiligen.

Achtung, Angestelltenfraktion der BSG.! Freitag, 19½ Uhr, Versammlung im Saal des Gewerkschaftshauses. Genosse [illegible] spricht über: „Unser Kampf gegen Sozialreaktion und Wirtschaftskrise“. Alle Genossen werden gebeten, die Versammlung zu besuchen.

Der Fraktionsvorstand.

BSG., Bezirk [illegible] SPD.-Fraktionssitzung Freitag, 19 Uhr, bei [illegible], [illegible] 25. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert bestimmtes Erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

[illegible]: Spielnachmittag im Volkspark Hasenheide. Es spielen die Gruppen: **Treptow:** Auf der Wiese 6 im Treptower Park. — Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5, Liederabend. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim [illegible] Schule, Colonnenstr. Str. [illegible]: „Die Landpartie“. — **Tempelhof:** Gruppenheim, Lyzeum Germaniastr. 4—6. Reihenvortrag: „Sozialversicherung — Unfallversicherung“. — **Moabit:** Jugendheim Schulstr. Str. 18—19. Vortrag: „Die Gegner der freien Gewerkschaften“. — **Lichtenberg:** Jugendheim [illegible], an der [illegible]. Neue Lieder- und Heimspiele. — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim [illegible] 44. Vortrag: „Sitte, Scham- und Körpergefühl“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, folgende Veranstaltungen: **Pankow-Niederschönhausen:** Jugendheim [illegible] 14 (großes Zimmer). Lichtbildervortrag: „Wilhelm Busch“. Referent: Georg [illegible]. — **Treptow:** Jugendheim der Schule [illegible] 32 (Zugang von der [illegible] in Treptow). Vortrag: „Ein Besuch bei dem Schuhkönig Bata“. Referent: Kurt Krause. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 13 (Hintergebäude, [illegible]). Vortrag: „Berlin, wie es weint und lacht“. Referentin: [illegible]. Außerdem an jedem Donnerstag im Jugendheim Arbeitsgemeinschaft in Englisch von 19 bis 20 Uhr. — Spiel und Sport ab 19 Uhr im Volkspark Rehberge, ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Bremer Straße (Moabit), ab 19 Uhr auf dem Sportplatz [illegible]straße (Charlottenburg).

Gemüse, Salate, schwache Suppen, Soßen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack durch wenige Tropfen

Verlangen Sie aber ausdrücklich MAGGI^s Würze

MAGGI^s Würze